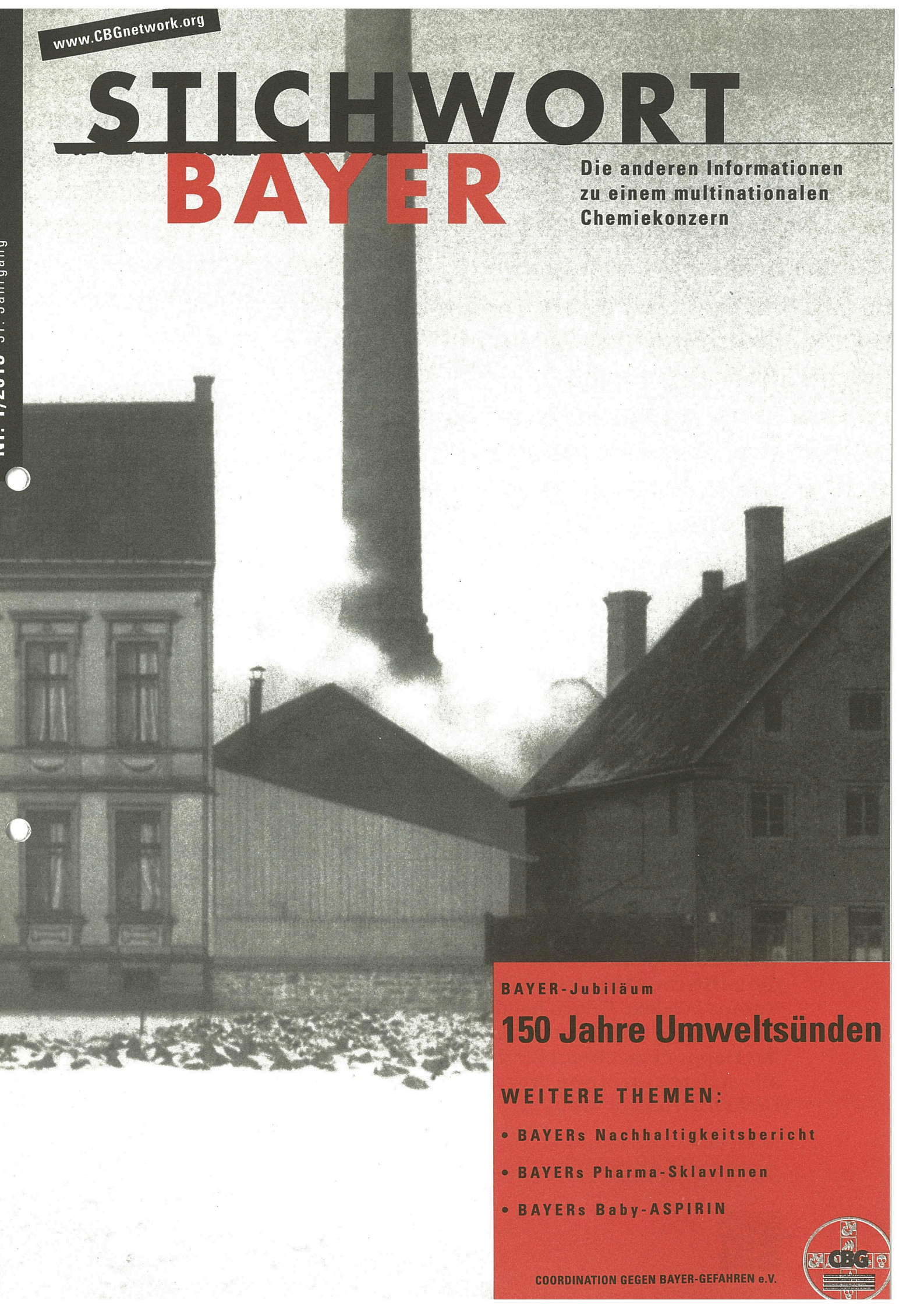


# STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern

nr. 1/2010 31. Jahrgang



BAYER-Jubiläum

## 150 Jahre Umweltsünden

WEITERE THEMEN:

- BAYERs Nachhaltigkeitsbericht
- BAYERs Pharma-SklavInnen
- BAYERs Baby-ASPIRIN



LE MONDE *diplomatique*

# ATLAS *der* GLOBALISIERUNG

*Die Welt von morgen*

**Bestellen Sie direkt bei  
Le Monde diplomatique!\***



## Das Navigationssystem für die Zukunft

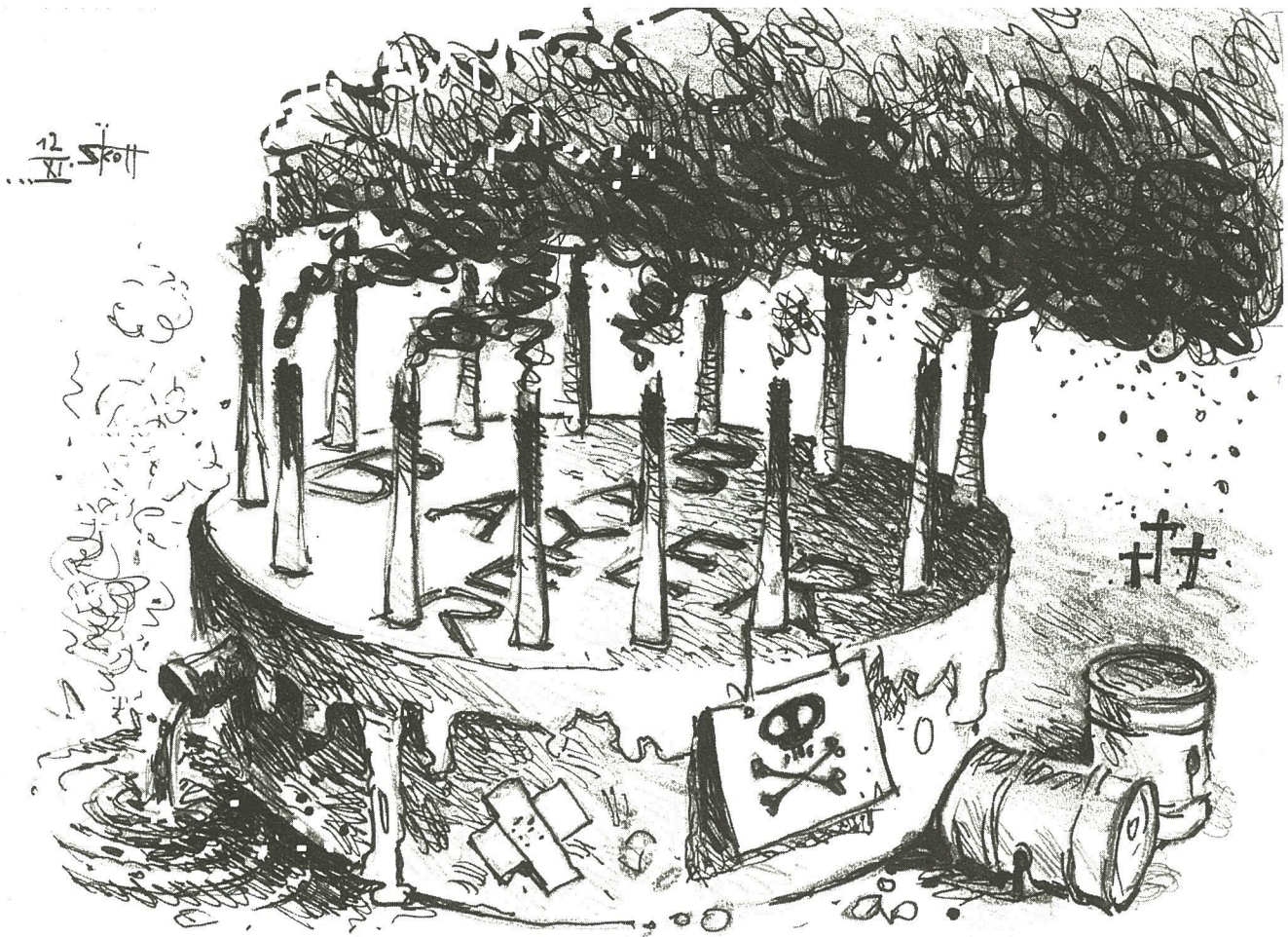
Wer bekommt die Seltenen Erden aus China? Mit wem verbünden sich die aufstrebenden Mächte des Südens? Was machen die Neonazis in Europa? Welche Folgen hat der Landraub für Afrika? Wie verändert der Drogenkrieg die Machtverhältnisse in Mittelamerika? Wann kommt der Happy Planet Index für das gute Leben? Antworten auf diese und alle anderen wichtigen Fragen von morgen gibt der neue *Atlas der Globalisierung*.

\* Kostenfreier Versand (im Inland).

176 Seiten, über 150 neue Karten und Infografiken, broschiert, 14 €, ISBN 978-3-937683-38-6 gebunden, mit Download, 24 €, ISBN 978-3-937683-39-3



.....  
**monde-diplomatique.de**



Au weia: 150 Jahre BAYER, siehe S. 22

## Inhalt

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>6 Nicht im grünen Bereich</b><br/>BAYERs neuer Nachhaltigkeitsbericht</p> <p><b>10 Ein paar Nebenwirkungen zuviel</b><br/>Aus für Baby-ASPIRIN in den USA</p> <p><b>12 Friss oder stirb</b><br/>BAYERs indische Arznei-TestInnen</p> <p><b>16 CO-Pipeline &amp; andere Kleinigkeiten</b><br/>Industrie-Politik nach BAYER-Gusto</p> | <p><b>22 Unordnung und frühes Umweltleid</b><br/>150 Jahre BAYER, Teil 1</p> <p><b>Rubriken</b></p> <p><b>5 Editorial</b></p> <p><b>7 Au weia, BAYER!, Echo</b></p> <p><b>11 Impressum</b></p> <p><b>24 O-Ton BAYER, Testimonial</b></p> <p><b>26 Promis gegen Profit, CBG bei der Arbeit</b></p> |
|---|---|

**30 JAHRE**

**WALD RETTEN**

**ANTI ATOMKRAFT**

**KONZERNE KNACKEN**

**CASTOR VERHINDERN**

**VERKEHR ENTLASTERN**

**ENERGIE WENDEN**

**AUFBÄUMEN**

**UMWELTAKTIVIST\_IN**

Jetzt für die Zukunft sorgen: Robin Wood unterstützen!

**ROBIN WOOD**

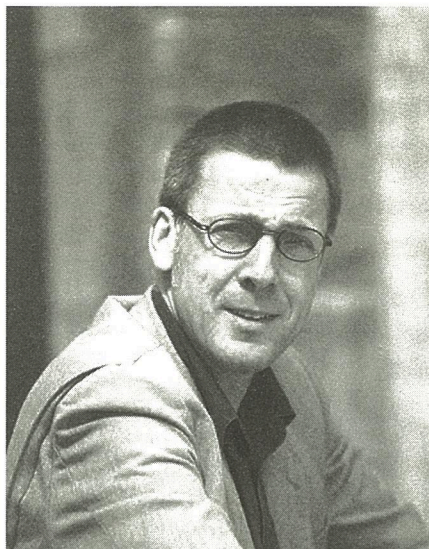
**30**



**ZUM GEBURTSTAG WÜNSCHEN WIR UNS**

**30X30 NEUE UNTERSTÜTZER\_INNEN**

**[WWW.ROBINWOOD.DE/30X30](http://WWW.ROBINWOOD.DE/30X30)**



Prof. Dr. Niko Paech lehrt als außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt der Oldenburger „Carl von Ossietzki“-Universität

## Liebe Leserinnen und Leser,

Der Nachhaltigkeitsdiskurs hat zwei Entkoppelungsvisionen hervorgebracht, die jeweils beanspruchen, die wünschenswerten von den unerwünschten Bestandteilen der industriellen Maschinerie abtrennen zu können. Es handelt sich zum einen um die Erhöhung der Effizienz beziehungsweise Ressourcen-Produktivität und um die ökologische Konsistenz.

Effizienz-Maßnahmen orientieren sich daran, den pro Leistungseinheit erforderlichen Input an Energie und Material zu mindern. So gewährleistet beispielsweise ein Passiv-Haus aus Sicht seiner BewohnerInnen dieselben Funktionen wie ein konventionelles Wohnhaus, verbraucht aber nur einen Bruchteil der Wärme-Energie. Ähnliches gilt für Energiespar-Birnen, Drei-Liter-Autos oder Kühlschränke, deren Energie-Bedarf unter Wahrung aller bisherigen Wohlstandsmerkmale reduziert werden kann. Auch veränderte Arrangements von Verfügungsrechten wie etwa beim Car-sharing lassen eine Entkoppelung theoretisch möglich erscheinen. An gefährlichen Kilometern soll indes nicht gespart werden, denn sonst ließe sich das zentrale Versprechen dieser Dienstleistungsstrate-

gie nicht einlösen: Entlastung der Ökologie ohne Wohlstandsverlust.

Mit exakt derselben Beteuerung wartet das zweite Entkoppelungsszenario auf, nämlich die ökologische Konsistenz. Sie bezweckt im Unterschied zur Effizienz keine quantitative Reduktion materiellen Inputs, sondern setzt am industriellen Stoffwechsel an. So sollen nach dem Vorbild der Natur alle materiellen Kreisläufe geschlossen und insbesondere die verwendeten Substanzen, Energieträger und Umwandlungsprozesse perfekt in die Ökologie eingebettet werden.

Allerdings scheint sich diese Entkoppelungseuphorie seit Neuestem nicht mehr der gewohnten Einhelligkeit zu erfreuen. Spätestens mit einer sich zum Krisen-Dreigestirn mausernden Gemengelage – der Klimawandel dramatisiert sich, der Ressourcen-Basis des Wohlstandsmodells droht ein „Peak Everything“, die Finanzwelt durchlebt ein nie dagewesenes Chaos – mehren sich die Stimmen, die für eine Überwindung des Wachstumsdogmas plädieren.

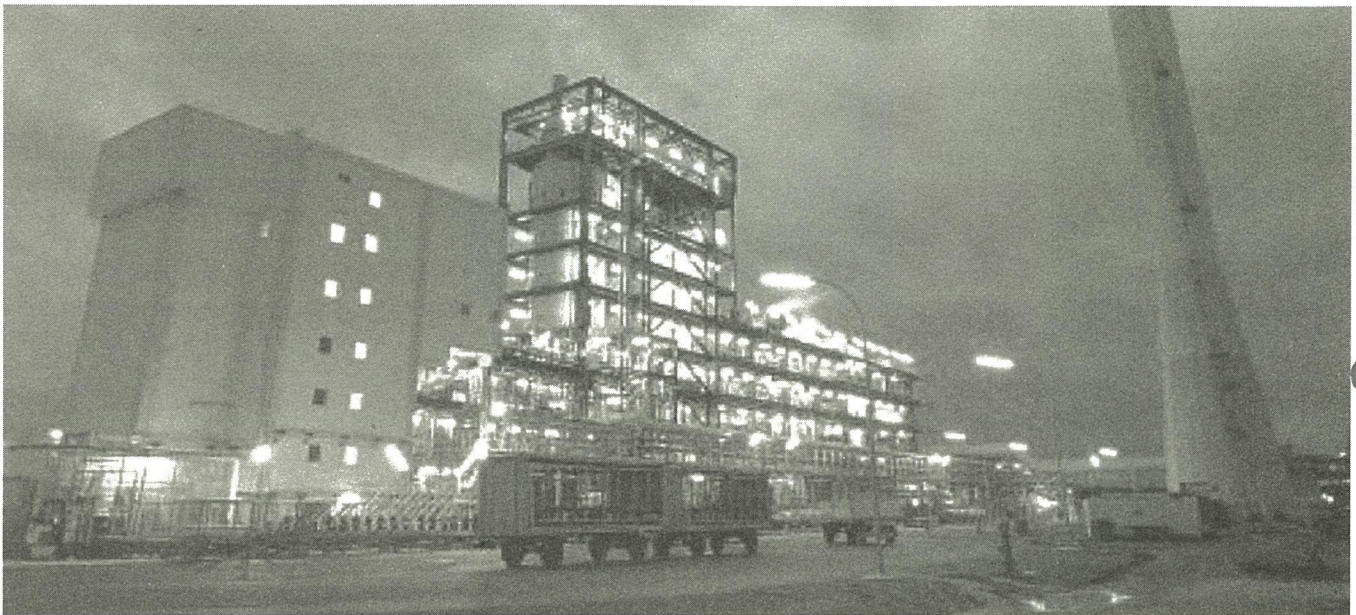
Der Ansatz der Postwachstumsökonomie zielt auf eine Eindämmung von Wachs-

tumsursachen. Anvisiert werden suffiziente Lebensstile im Sinne einer „Entrümpelung“ und „Entschleunigung“. Konsum-Aktivitäten sollen aber nicht nur reduziert werden, sondern punktuell und graduell in Eigenarbeit, moderne Formen von Subsistenz und regionales Wirtschaften umgewandelt werden, um die Abhängigkeit von globalisierten, hochgradig unberechenbaren Wertschöpfungsprozessen zu mildern. Damit ist kein „zurück in die Steinzeit“ gemeint, sondern eine veränderte Balance zwischen konsumtiver Fremdversorgung und deglobalisierter Selbstversorgung. Bescheidenere, aber sozial stabilere und ökologisch verträgliche Versorgungsstrukturen beruhen auf einer einfachen Logik: Es geht darum, den auf Geldwirtschaft, globaler Arbeitsteilung und Wachstum gründenden Industriekomplex, der zwischen Verbrauch und Produktion liegt, so weit wie möglich auszutrocknen.

*N. Paech*

## BAYERs Umweltbilanz

# Nicht im grünen Bereich



BAYERs Rückstandsverbrennungsanlage in Dormagen

Foto: BAYER

*Es grünt so grün im neuen Umweltbericht des Leverkusener Multis, dass mensch sich in einem Öko-Paradies wähnt. Nachhaltigkeit, so weit das Auge reicht: bei der Produktion, bei den Produkten und sogar bei den Lieferanten. Auf fast 80 Seiten erblüht das Biotop BAYER, nur lassen es die schnöden Zahlen im Kleingedruckten recht schnell wieder eingehen. Sie dokumentieren nämlich fast durchweg eine wachsende Belastung von Mensch, Tier und Umwelt durch die Geschäftstätigkeit des Konzerns.*

Von Jan Pehrke

„Nachhaltigkeit ist fest in unserem Kerngeschäft verankert“, verkündete BAYERs Forschungsvorstand Wolfgang Plischke bei der Vorstellung des Nachhaltigkeitsberichtes für das Geschäftsjahr 2011 und vermeldete in allen Bereichen „erfreuliche Fortschritte“. Das gelingt dem Leverkusener Multi allerdings nur, indem er – ganz im Gegensatz zu seinen sonstigen Gepflogenheiten – nicht die nackten Zahlen sprechen lässt, sondern in dichterischer Freiheit die Bemessungsgrundlage für Nachhaltigkeit um Themen wie „soziales Engagement“, „Gleichberechtigung“, „demographischer Wandel“ sowie „Risiko-Management“ erweitert und auch sonst einige Phantasie entfaltet, um die harten Fakten in Vergessenheit geraten zu las-

sen. So versucht sich etwa der Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers als Science-Fiction-Autor: „In unseren Kerngeschäftsfeldern engagieren wir uns für die Gesundheit von Mensch und Tier, für eine bessere Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung sowie auf dem Gebiet der Energie- und Ressourcen-Effizienz.“

### Keine CO<sub>2</sub>-Reduktionen

Die wahre Umweltbilanz, wie sie sich nur im Kleingedruckten der Emissionstabellen und in einigen Randbemerkungen findet, fällt dann allerdings um einiges prosaischer aus. So weigert sich der Konzern, den Ausstoß des klimaschädigenden Kohlendioxids zu senken. Er möchte ihn bis 2020 vielmehr in etwa auf dem Niveau

von 2007 halten, wo er sich auf 9,3 Millionen Tonnen belief. Aktuell betragen die CO<sub>2</sub>-Emissionen 8,15 Millionen Tonnen, 350.000 Tonnen weniger als 2010. Allerdings fließen nicht alle Faktoren in diese Rechnung ein. Anders als die BASF bezieht BAYER das Kohlendioxid, das bei der Herstellung der extern bezogenen Vorprodukte entsteht, ebenso wenig mit ein wie dasjenige, das bei der Verwendung der Endprodukte anfällt. Deshalb musste das Unternehmen im Nachhaltigkeitsranking der britischen Nichtregierungsorganisation EIO auch mit dem 151. von 800 Plätzen vorliebnehmen, während die BASF Position 1 errang. Für den Großteil des klimaschädigenden Gases ist die Energie-Erzeugung verant-

wortlich. Und da der Leverkusener Multi sich hier keine Einspar-Ziele vornimmt – die Terrajoule-Produktion blieb von 2007 bis heute quasi konstant – und sogar noch selber als Strom-Dealer auftritt, kann er seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß gar nicht substanziell senken. Wenigstens dürfte ihn das in nächster Zeit teurer zu stehen kommen, denn die EU will die Regeln des Emissionshandels verschärfen und nicht mehr so viele Verschmutzungsrechte wie bisher umsonst vergeben. Trotz großzügiger Ausnahme-Paragrafen für Großkonzerne, die im globalen Wettbewerb stehen, „müssen wir ab 2013 mit weiteren Kosten-Steigerungen rechnen“, konstatiert der Nachhaltigkeitsbericht deshalb. Mit intensivem Lobby-Einsatz wird BAYER das Schlimmste zu verhindern suchen.

### Mehr Luftverschmutzung

Doch auch andere Stoffe, die aus den Schornsteinen des Global Players steigen, tragen zur Klima-Erwärmung bei. Die Emissionen der ODS (Ozone Depleting Substanzen) gingen im Berichtszeitraum um 4,5 Tonnen auf 16,3 Tonnen zurück. Das liegt jedoch keinesfalls an einem grüneren Wirtschaften – Leckagen hatten im letzten Jahr zu außergewöhnlich hohen Werten geführt. Abermals stammt fast das gesamte ODS aus einem einzigen Werk: Die Pestizid-Fabrik im indischen Vapi sorgt für 92 Prozent des Aufkommens. Zusammen mit der Fertigungsstätte im ebenfalls indischen Ankleshwar trug diese auch am meisten zum Anstieg des Wertes für die flüchtigen organischen Substanzen (VOC) bei, der um 150 auf 2.690 Tonnen zulegte. Und dazu, dass die Staatsregierung die Vapi-Region zum verseuchtesten Gebiet im ganzen Land erklärte; Ankleshwar folgt in dieser Aufstellung auf Rang sieben. Ändern wird sich an der Größe dieses Anteils vorerst nichts. BAYER kündigt zwar schon seit langem Maßnahmen an, mit der Umsetzung hat der Agro-Riese jedoch erst im letzten Jahr begonnen, und mit einem Abschluss rechnet er nicht vor 2015. Bis dahin müssen Mensch, Tier und Umwelt die immensen Belastungen noch ertragen.

Die Zahlen für weitere Luftverschmutzungen verharrten ebenfalls auf einem hohem Niveau. Wie schon 2010 entwichen den Schloten des Unternehmens auch 2011 wieder 3.700 Tonnen Stickoxide und 200 Tonnen Staub. Der Kohlenmonoxid-Ausstoß ging geringfügig von 1.400 Tonnen auf 1.300 Tonnen zurück, und das auch nur, weil BAYER die Kunststoff-Pro-

duktion im japanischen Niihama einstellte. Lediglich bei den Schwefeloxiden tat sich etwas. Ihr Ausstoß senkte sich um 16,7 Prozent auf 2.300 Tonnen. Der Multi setzte nämlich verstärkt Import-Kohle ein, die einen geringeren Schwefel-Gehalt aufweist. Die Bedingungen allerdings, unter denen diese Kohle beispielsweise in Kolumbien gefördert wird, machen den ökologischen Vorteil wieder zunichte, denn den Minen muss oftmals nicht nur der Mensch weichen, sondern auch die Natur. Die Betreiber-Gesellschaften holzen ganze Wälder ab, vertreiben die indigene Bevölkerung und leiten das umweltschädliche Grubenwasser in die Flüsse ein. Schwerer noch wiegen die gesundheitlichen Folgen für die ArbeiterInnen. Da der Abbau nicht dem neuesten Stand der Technik entspricht, setzen sich die Beschäftigten – unter ihnen viele Kinder – einem hohen Gesundheitsrisiko aus, das durch die erhöhte Unfall-Gefahr in den schlecht abgesicherten Stollen noch zusätzlich steigt. Der Chemie-Riese bekundet zwar, selbst die Lieferanten auf seine Nachhaltigkeitsziele zu verpflichten, ob er jedoch den Weg der Importkohle zurückverfolgt, steht sehr in Frage.

### Mehr Dreck im Wasser

Das Element „Wasser“ schont der Konzern ebenfalls nicht. Mit 72 Millionen Kubikmetern leitete er vier Millionen Kubikmeter mehr Abwässer in die Flüsse als noch 2010. Zu allem Übel stieg auch noch der Anteil der ungereinigten Prozess-Abwässer um drei Millionen auf 18 Millionen Kubikmeter. Die „Rückführung in den Wasser-Kreislauf“ von Kühlwasser reduzierte sich dagegen von 396 auf 324 Millionen Kubikmeter. Da es laut BAYER „ausschließlich erwärmt wird“, gilt es nicht als umweltgefährdend, was allerdings nicht ganz der Wahrheit entspricht. Dieses Wasser trägt nämlich zur Aufheizung der Flüsse bei und zerstört damit die Lebensgrundlage vieler aquatischer Lebewesen.

Bei den reinen Schadstoff-Frachten ist fast durchweg eine Zunahme zu verzeichnen. Auf 926.000 Tonnen anorganischer Salze (2010: 866.000), 1.500 Tonnen organisch gebundener Kohlenstoffe (2010: 1.420 Tonnen) und 530 Tonnen Stickstoff (2010: 490) kam der Gen-Gigant. Als Gründe dafür gibt er eine Ausweitung der Fertigung an, vor allem hervorgerufen durch das neue Kunststoff-Werk im chinesischen Caojing. Entsprechend sanken die Phosphor-Emissionen durch eine geringere

### Au weia, BAYER



BAYER-Pestizide tragen eine Mitverantwortung für das weltweite Bienensterben, wie sogar die Vereinten Nationen bestätigen. „Verschiedene Studien haben die Giftigkeit von Chemikalien wie Imidacloprid (Wirkstoff von BAYERS GAUCHO, Anm. SWB), Clothianidin (Wirkstoff von BAYERS PONCHO, Anm. SWB), Thiamethoxam und verwandten Inhaltsstoffen für Tiere nachgewiesen“, heißt es in einem 2011 veröffentlichten Report. Trotzdem – oder gerade deswegen – hat der Leverkusener Multi in Monheim jetzt ein „Bee Care Center“ eröffnet, „um nachhaltige Lösungen zur Verbesserung der Bienengesundheit“ zu finden. Für den Konzern heißt das vordringlich, weiter an der Mär zu arbeiten, die Varroa-Milbe wäre die Hauptursache für den Tod der Bienenvölker und gleich die entsprechenden Produkte gegen den Parasiten-Befall feilzubieten. Die BienenzüchterInnen haben für eine solche Geschäftspolitik nur noch Sarkasmus übrig. „Hoch lebe die Chemie! Jetzt wird alles gut! Wir haben wieder einen Lichtblick, und unser Völkersterben hat endlich ein Ende! Jetzt kann ich wieder gut schlafen! Danke 'BAYER Bee Care Center'“, heißt es in einem Beitrag des *Imkerforums*.

### Echo

A. V. (zur Pipeline-Einwendung): Vielen Dank für eure sensationell gute Arbeit!

D. K.: Ihr macht so sensationell gute Arbeit!

J. S. (zur Coltan-Kampagne): You seem to be doing very interesting work. I will send you any information I come across. Best of luck with your work.





Dicke Luft in Vapi

Auslastung der Fabriken für phosphat-haltige Produkte von 90 auf 80 Tonnen. Die Werte für Schwermetalle nahmen ebenfalls ab, sie fielen von 11,4 auf 10,8 Tonnen, was der Multi auf ein verbessertes Abwasser-Management und andere technische Innovationen zurückführt. Auch konnte der Multi seinen Durst etwas lindern: Er drosselte seinen Wasser-Verbrauch um 63 auf 411 Millionen Kubikmeter.

### Mehr Abfälle

Die Menge des erzeugten Abfalls stieg hingegen von 807.000 auf 958.000 Tonnen. Der Anteil des gefährlichen Mülls

darin nahm ebenfalls zu, er erhöhte sich von 354.000 auf 474.000 Tonnen. Ausschlaggebend für diese Zahl sind weniger die Produktionsrückstände als vielmehr die Hinterlassenschaften von Rückbau- und Sanierungsaktivitäten. Während es 2010 keine umfangreicheren Arbeiten gab und das Müll-Aufkommen entsprechend sank, stand 2011 „ein groß angelegtes Grundwasser- und Bodensanierungsprojekt“ im indischen Thane an. Die dort von 1963 bis 2007 betriebene Pestizid-Herstellung ruinierte die Umwelt so nachhaltig, dass BAYER über acht Millionen Euro investieren musste, um das verseuchte Erdreich abzutragen und andere Maßnahmen zu ergreifen. Ein Großteil nicht nur der dort zu Tage geförderten Altlasten landet auf einer Deponie, 38 Prozent allen Ausschusses geht dorthin; in die Verbrennung gelangt 33 Prozent. 28 Prozent seiner Fertigungsreste recycelt der Leverkusener Multi. Das hört sich erst einmal gut an, aber diese Art von Kreislauf-Wirtschaft erweist sich in der Praxis oft als auch nicht gerade sehr ökologisch. Der „thermischen Wiederverwertung“, beispielsweise in BAYERS Krefelder Industrie-Kraftwerk, zugeführt, produziert der Müll nämlich viel mehr Schadstoffe als

das bei einer Entsorgung in Sonderabfall-Verbrennungsöfen mit ihren aufwändigen Reinigungssystemen der Fall wäre (SWB 3/11).

### Mehr Unfälle

Die Zahl der Beinah-Katastrophen, die BAYER verharmlosend als „Umwelt Ereignisse“ bezeichnet, hat sich nach Angaben des Konzerns von sieben auf drei reduziert. Die Freisetzung von Ammoniak am Standort Krefeld, die Verseuchung des Kanawha-Flusses durch Prozess-Abwässer in Institute und einen Unfall eines mit Produkten von BAYER CROPSCIENCE beladenen LKWs in Peking führt der Nachhaltigkeitsbericht auf. Daneben verweist der Konzern auf das Internet, wo er „Ereignisse, die von unseren Stakeholdern wahrgenommen und gemeldet werden, aber nicht unsere eigenen Kriterien für Umwelt- und Transport-Ereignisse erfüllen“, auflistet. Dort finden sich dann Hinweise auf den Austritt von Phenol in Map Ta Phut und die Emission von Sandstaub in Leverkusen.

Daneben gibt es allerdings noch so einige Vorfälle, die weder der Multi selber noch seine Stakeholder als Unfälle ansehen und die deshalb nirgendwo erwähnt sind.

Foto: Tapco

Schilddrüsenkrebs    Jod    Bequerel  
 Super-GAU    Radioaktivität    Nahrungskette  
 Fukushima    Dai-ichi  
 Desinformation    fall-out    Kontamination  
 Gesundheit    sterben

[www.fukushima-disaster.de](http://www.fukushima-disaster.de)  
**Fukushima-Newsletter:**  
[ippnw.de/aktiv-werden/newsletter-abonnieren.html](http://ippnw.de/aktiv-werden/newsletter-abonnieren.html)

IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. | Körtestr. 10 | 10976 Berlin | kontakt@ippnw.de  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de) | S p e n d e n k o n t o: 22 22 210 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin | BLZ 100 205 00



Als da wären: die Gebäudeschäden bei japanischen BAYER-Niederlassungen nach dem Erdbeben vom März 2011, das Entweichen von Chemikalien in Institute nach einem Stromausfall, der Austritt von Schwefelsäure durch ein Leck auf einem Gefahrgut-Transport, das Auslaufen von einem Lösungsmittel in Wuppertal und die permanenten Geruchsbelästigungen in Bergkamen. Nur weil das Unternehmen diese Geschehnisse kurzerhand zu Nicht-Ereignissen erklärt und einige andere zu Halb-Ereignissen, kann er sich gesunkener Unfall-Zahlen rühmen.

### Mehr Ignoranz

Ähnlich kreativ zeigt sich BAYER, wenn es gilt, die Produkte und Projekte zu verteidigen, die im Geschäftsjahr 2011 für Negativ-Schlagzeilen en masse gesorgt haben. Zur Industrie-Chemikalie Bisphenol A (BPA), deren Verwendung in Baby-Flaschen die EU mittlerweile untersagt hat, weil die Substanz Schädigungen des Nervensystems, Übergewicht, Unfruchtbarkeit, Diabetes sowie Herz- und Lebererkrankungen verursachen kann, heißt es im Umweltbericht: „Im Einklang mit zahlreichen wissenschaftlich validen Studien (...) sind wir weiterhin der Überzeugung, dass

die Sicherheit von BPA in den bestehenden Anwendungsgebieten gegeben ist.“ Auch den durch viele Expertisen belegten Zusammenhang zwischen dem Ausbringen von BAYER-Pestiziden und dem Sterben von Bienenvölkern streitet der Agro-Riese ab. „In der wissenschaftlichen Literatur sind jüngst einige Publikationen erschienen, die einen Rückgang von Bienenpopulationen mit Pflanzenschutzmitteln in Verbindung bringen. Diese Studien waren jedoch ganz oder teilweise unter unrealistischen Bedingungen durchgeführt worden und sind daher nicht auf Praxis-Bedingungen übertragbar“, stellt der Pillen-Gigant fest. Warum die Behörden Maßnahmen gegen die Einfuhr von Reis-Sorten ergriffen haben, nur weil aus vermeintlich unerfindlichen Gründen ein bisschen Gentech aus Leverkusener Laboren drin war, mag der Multi ebenfalls nicht verstehen. „Obwohl der Reis keine Gefährdung der Lebensmittel-Sicherheit darstellt“, verhängten einige Länder Import-Verbote, beklagt das Unternehmen sich bitterlich. Und selbstverständlich gibt es auf der ganzen Welt nichts Sichereres als den Transport von hochgiftigem Kohlenmonoxid per Pipeline quer durch das Rheinland von Krefeld nach Dormagen,

wenn sich denn ein Konzern vom Format BAYERs der Sache annimmt.

So fällt die Umweltbilanz ernüchternd aus. Bei fast allen Öko-Parametern gibt es negative Entwicklungen. Und steigen die Werte einmal nicht, dann liegt das nicht etwa an einer grüneren Geschäftspolitik, sondern lediglich an einer geringeren Auslastung der Dreckschleudern aufgrund schlechterer Absatzchancen oder an Standort-Schließungen. Nur in Ausnahmefällen ringt sich das Unternehmen doch einmal zu Umbau-Maßnahmen durch wie etwa im indischen Vapi oder im US-amerikanischen Baytown – und immer erfolgen sie zu spät oder dauern zu lange. Besonders skandalös mutet in dieser Hinsicht das Klimaschutz-Moratorium an, das BAYER beschlossen hat. Trotz immer beunruhigenderen Wetter-Phänomenen wie dem Hurrikan Sandy die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 auf dem Stand von 2007 einfrieren zu wollen, kündigt von beispielloser Ignoranz. Das Steuerprüf- und Beratungsunternehmen ERNST & YOUNG, das den Nachhaltigkeitsbericht absegnete, störte das allerdings ebenso wenig wie die Rating-agentur SAM, die den Report sogar prämierte.



## B U C H T I P P

### Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer  
für nachhaltigen  
Konsum und gutes Leben!

#### G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein     Berlin/neue Bundesländer  
 Nordrhein-Westfalen         Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremshüttel - Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de  
service@gruenes-branchenbuch.de

Stichwort Bayer 19.11.13

Jetzt NEU für Berlin & neue Bundesländer!  
... dort wo es Bio-Produkte gibt.

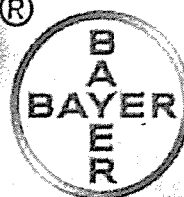
Nebenwirkung „Reye-Syndrom“

# Aus für BAYERs Baby-ASPIRIN

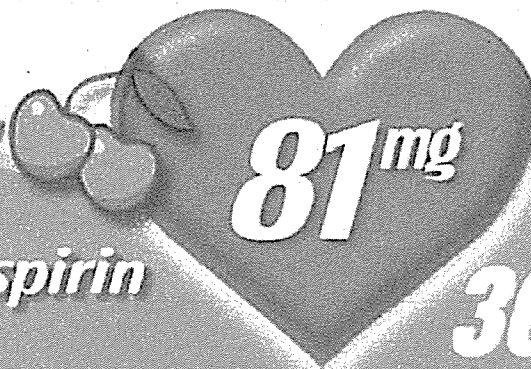
PAIN RELIEVER

N 0280-2080-36

# BAYER®



## CHEWABLE



Low Dose "Baby" Aspirin  
Cherry Flavored



ASPIRIN REGIMEN

36  
TABLETS

Seit den 70er Jahren ist bekannt, dass ASPIRIN das seltene Reye-Syndrom auslösen kann. Die Krankheit schädigt Leber und Gehirn und verläuft zu 40 Prozent tödlich. Am häufigsten tritt sie im Alter zwischen vier und neun Jahren auf. In den USA musste BAYER nun deshalb das so genannte „Baby-ASPIRIN“ vom Markt nehmen. In Lateinamerika hingegen vermarktet der Konzern bis heute solche speziell für Kinder gedachte Präparate.

Von Philipp Mimkes

In Deutschland benannte BAYER ASPIRIN JUNIOR, ein niedrig dosiertes Präparat mit dem Wirkstoff Acetylsalicylsäure (ASS), schon in den achtziger Jahren in ASPIRIN 100 um. Das Schmerzmittel kann bei Kindern nämlich das Reye-Syndrom auslösen, eine oft tödliche Krankheit, die

Leber und Gehirn befällt und am häufigsten im Alter von vier bis neun Jahren ausbricht. Der Beipackzettel warnt ausdrücklich: „ASPIRIN soll bei Kindern und Jugendlichen mit fieberhaften Erkrankungen nur auf ärztliche Anweisung und nur dann angewendet werden, wenn andere

Maßnahmen nicht wirken.“ Auch im Ausland weist der Leverkusener Multi in den Produktinformationen auf die Nebenwirkung „Reye-Syndrom“ hin, in den USA sogar direkt auf der Packung.

In Lateinamerika hingegen, wo ASPIRIN ein Image als Allheilmittel genießt, setzt



No Baby-ASPIRIN

der Konzern Minderjährige bis heute einem vermeidbaren Gesundheitsrisiko aus. Präparate von BAYER mit den Aufdrucken ASPIRINA PARA NIÑOS („ASPIRIN für Kinder“) und ASPIRINA INFANTIL, die eine gefahrlose Anwendung für Kinder suggerieren, sind Umsatzrenner.

Auch die südamerikanische „CONSUMER CARE“-website von BAYER macht Werbung für ASPIRINA PARA NIÑOS. Als Indikationen gibt sie unter anderem Kopf- und Muskelschmerzen, Erkältungen und Grippe an und empfiehlt für Kinder eine hohe Tagesdosis von 60 mg pro Kilo Körpergewicht. Warnungen vor dem Reye-Syndrom: Fehlanzeige. Diese findet man erst im schriftlichen Beipackzettel. Viele Eltern lesen jedoch nur die Kurz-Information auf der website; darüber hinaus werden ASPIRIN-Tabletten in Lateinamerika häufig einzeln und ohne Beipackzettel verkauft.

Der Kinderarzt Dr. Gottfried Arnold kommentiert: „Eine undifferenzierte Empfehlung für 60 mg/kg ist eindeutig überzogen. Zudem findet sich im spanischen Beipackzettel die Indikation „Grippe“, während weiter unten Influenza A und B (also Grippe mit Influenza-Viren) als kontra-indiziert aufgeführt werden. Dies erscheint als eine bewusste Irreführung“. Seine Kollegin Dr. Erika Abczynski ergänzt: „Zum Glück gibt es Kinder-ASPIRIN bei uns schon lange nicht mehr. Es gibt andere Fieber- und Schmerzmittel für Kinder, die sehr gut wirken. Ich selbst verordne Acetylsalicylsäure schon seit über 20 Jahren nicht mehr.“

### USA: Irreführung beendet

Die US-amerikanische NATIONAL REYE'S SYNDROME FOUNDATION (NRSF), die seit Jahrzehnten vor den Risiken von ASS für Kinder warnt, hat nun einen großen

Erfolg errungen: Nach einem Treffen von Abgesandten der NRSF mit VertreterInnen der US-Gesundheitsbehörde FDA erging an BAYER die Aufforderung, den Verkauf von so genanntem „Baby-ASPIRIN“ zu unterbinden.

Der Pharma-Riese wollte sich zunächst damit herausreden, dass sich der Begriff „Baby“ nicht auf die Anwendung für Kinder oder gar Säuglinge, sondern auf die verringerte Wirkstoffmenge von 100 mg beziehe. Ob die FDA daraufhin eine entsprechende Anordnung oder gar Strafen angedroht hat, muss offen bleiben. In jedem Fall reagierte das Unternehmen innerhalb weniger Wochen und kündigte an, bis Mitte 2012 keine Schmerzmittel mehr mit dem Aufdruck „Baby-ASPIRIN“ zu verkaufen. Nach Angabe der NRSF ist das Präparat mittlerweile tatsächlich aus den Regalen verschwunden.

John Freudenberger, Präsident der NRSF, kommentierte in einem Editorial: „Die NATIONAL REYE'S SYNDROME FOUNDATION hat 37 Jahre lang versucht, das Thema ‚BABY ASPIRIN‘ mit BAYER zu diskutieren. Jedes Mal, wenn wir die Firma ansprachen, wurden wir hingehalten und abgewiesen (...) Erst unser Gespräch mit der FDA führte dazu, dass sich die Behörde des Themas annahm. Die FDA stimmte mit uns überein, dass die Bezeichnung ‚Baby-ASPIRIN‘ dazu führen kann, dass die VerbraucherInnen denken, das Produkt wäre sicher für Kinder und Säuglinge.“

Auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat den Global Player immer wieder für seinen Umgang mit diesen Medikamenten kritisiert. So hatte die CBG den Multi in seinen Hauptversammlungen wiederholt aufgefordert, den doppelten Standard in Bezug auf Kinder-ASPIRIN zu beenden. Nach Ansicht der Coordination muss die Entscheidung der FDA jetzt endgültig den Anstoß dafür geben, die Dosierungsvorschriften zu ändern und weltweit alle ASS-Präparate mit dem Aufdruck „für Kinder“ oder „Baby“ umzubenennen. Dr. Christiane Fischer von der BU-KO Pharmakampagne teilt diese Meinung: „ASS darf Kindern nicht gegeben werden, da es zum lebensbedrohlichen Reye-Syndrom führen kann. Der Name Baby-ASPIRIN suggeriert dagegen, das Medikament (das in niedriger Dosierung zur Blutverdünnung eingesetzt wird) könne selbst Babys verabreicht werden. Um zu vermeiden, dass es Kleinkindern gegeben wird, muss der Name dringend geändert werden.“

## Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

31. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei  
BAYER - weltweit.

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
e-mail: CBGnetwork@aol.com

http://www.CBGnetwork.org

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank, Konto-Nr. 3199991  
BLZ 830 944 94, IBAN DE58 830 944 94 000 31 99 991  
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005  
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MwSt.)

*Stichwort BAYER* erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

### Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

### Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Dr. Angela Spelsberg/Leiterin Tumorzentrum/Aachen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrud Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

## Arznei-Tests in Indien

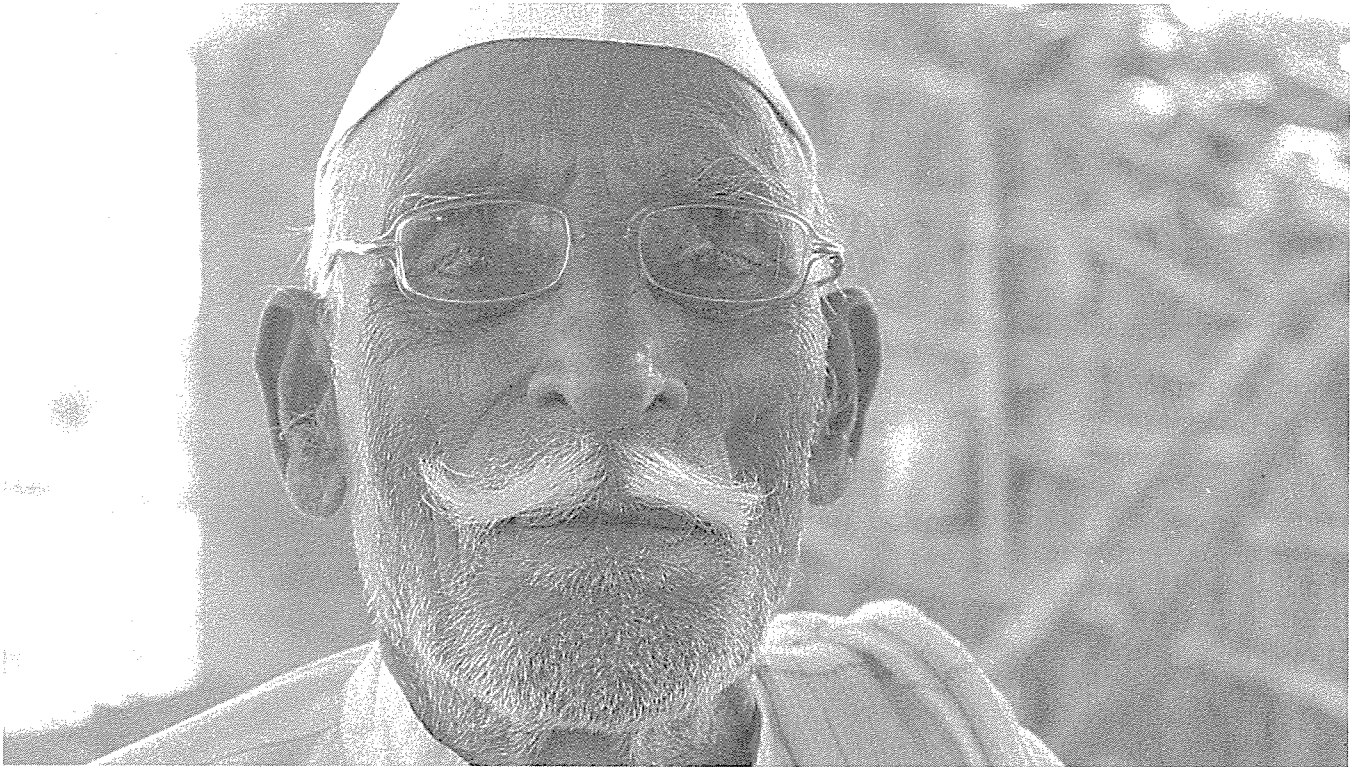
**BAYERs Pharma-SklavenInnen**

Foto: WDR

Der indische Arznei-Tester Bhimaji Jatav

*Im Jahr 2010 berichtete Stichwort BAYER zum ersten Mal über die Arznei-Tests des Leverkusener Multis in Indien. Der Artikel stieß auf viel Resonanz und machte viele Medien auf das Thema aufmerksam. Zuletzt strahlte der WDR eine 45-minütige Dokumentation über die „Pharma-Sklaven“ aus, die unwissentlich ihr Leben für die Profite von Big Pharma riskieren. Auch die Politik reagierte. Die Partei „Die Linke“ zwang die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage, zu den skandalösen Zuständen Stellung zu beziehen.*

Von Jan Pehrke

„Nein, ich weiß nicht, was das war, keine Ahnung“, antwortet der 87-jährige Inder Bhimaji Jatav auf die Frage, ob ihm klar sei, dass er gerade an einem Medikamenten-Test teilnehme. Das wussten auch die anderen ProbandInnen nicht, welche die beiden JournalistInnen Benjamin Best und Rebecca Gudisch in der WDR-Dokumentation „Die Pharma-Sklaven“ interviewten. „Ich habe schweres Asthma und bin des-

halb in Behandlung. Als ich dann im staatlichen Krankenhaus war, hat mich ein Arzt namens Dr. Salil Bhargav angesprochen. Er hat gesagt, ich soll in seine Privatklinik kommen. Da würde ich die beste Behandlung bekommen. Er sagte, dass sie dort Medikamente hätten, die mich heilen könnten. Er forderte mich auf, Papiere zu unterschreiben. Das waren unzählige Unterschriften auf 10 Seiten. Aber er hat nie

gesagt, warum ich unterschreiben soll“, erzählt Dhananjay Shrivastav. Eine Familie berichtet von ähnlichen Erfahrungen. „Der Arzt hat uns nie etwas über die Tabletten gesagt. Er hat sie uns einfach gegeben. Er sagte, das sind teure Medikamente aus dem Ausland. Sie bekommen nur das Beste (...) Mein Vater hat erzählt, dass er aufgefordert wurde, Papiere für die Behandlung zu unterschreiben. Wir

haben dem Arzt vertraut, dass er meinen Mann heilt“, erzählen etwa die Angehörigen von Mannalal. Der Arzt heilte ihn jedoch nicht. Mannalal verstarb während der Arznei-Erprobung. „Plötzlicher Herztod“ lautete die Diagnose. So wie er ließen in den vergangenen Jahren Tausende InderInnen für Big Pharma ihr Leben. Allein zwischen 2007 und 2011 gab es 2.038 Test-Tote, 158 davon bei Versuchen von BAYER.

### Ethik pro forma

Eigentlich haben Ethik-Kommissionen die Aufgabe, den ordnungsgemäßen Ablauf der klinischen Pillen-Prüfungen zu überwachen. Sie sollen beispielsweise kontrollieren, ob die MedizinerInnen die TeilnehmerInnen – oftmals AnalphabetInnen – auch wirklich über die Tests informiert haben und sich behandlungsbedürftige Menschen nicht unwissentlich dem Risiko aussetzen, nur Placebos verabreicht zu bekommen. In dem südasiatischen Land existieren diese Organe jedoch nur auf dem Papier, wie Best und Gudisch herausfanden. Manchmal sitzen dem Gremium sogar bloß TierärztInnen vor. „Bei uns ist es auch kein Doktor“, eröffnete den ReporterInnen frank und frei ein Ethik-Kommissar, dem gegenüber die beiden sich als Angestellte einer Forschungsagentur ausgegeben hatten. An eine wirksame Beaufsichtigung der Test-Reihen durch die Komitees ist seiner Auskunft nach nicht zu denken: „Wie soll das denn gehen? Sie sind ja keine Behörde. Es sind bloß sieben, acht Leute. Wegen dieses Gesetzes müssen sie da sein, und sie treffen sich ab und zu, alle zwei Monate.“ Eine besondere Qualifikation brauchen die Mitglieder nicht. Amar Jesani vom „Centre for Studies in Ethics and Rights“ berichtete dem *Tagesspiegel* sogar von Pharma-Rie-

sen, die ihre eigenen Ethik-Kommissionen gründen. Und besondere Umstände bei der Absegnung der Pillen-Erprobungen macht kaum eine der Prüf-Institutionen. „Sie zahlen, Sie kriegen den Stempel“, erklärt Chandra Gulhati, der einst selbst einer solchen Einrichtung angehörte, in dem *WDR*-Film das Prinzip.

Um Geld geht es auch den anderen Akteuren. Die Konzerne sparen durch die Verlagerung der Tests in arme Staaten rund ein Drittel ihrer Kosten, und die MedizinerInnen verdienen pro Versuch 3.500 Euro, was einem Jahresgehalt in einem staatlichen Krankenhaus entspricht. Darüber hinaus bekommen sie noch Leckerlis. So spendierte BAYER etwa einem indischen Doktor einen Trip nach Spanien. „Patienten werden ausgebeutet, weil sich Pharma-Firmen und Ärzte den Profit teilen wollen“, kritisiert der Augenarzt Dr. Anand Rai die gängige Praxis.

Der Leverkusener Multi wollte sich zu dieser in „Die Pharma-Sklaven“ nicht äußern. Dem *Tagesspiegel* gegenüber zeigte sich der Global Player, der gerade 36 Tests in dem Land laufen oder gerade abgeschlossen hat, ein wenig auskunftsfreudiger. „Klinische Prüfungen werden bei BAYER nach global einheitlichen Standards durchgeführt“, bringt eine Öffentlichkeitsarbeiterin den Textbaustein in Anschlag, den die COORDINATION GEGEN BAYERGEFAHREN (CBG) schon aus den AktionärInnen-Versammlungen kennt. Zudem würden sich EmissärInnen des Unternehmens vor Ort angeblich selbst ein Bild vom ordnungsgemäßen Ablauf machen, so die Konzern-Sprecherin. Und einer besonderen Gefahr setzten sich die ProbandInnen in Mumbai und anderswo auch nicht aus: „In Indien ist der Anteil an unerwünschten Ereignissen nicht höher als in anderen Ländern.“

### Die Kleine Anfrage

Die Bundesregierung sieht ebenfalls alles im grünen Bereich, wie aus ihrer Antwort auf eine von der Partei „Die Linke“ gestellte Kleine Anfrage hervorgeht, an der die CBG mitgearbeitet hat. Das verwundert allerdings nicht weiter, zeichnet für das Schriftstück als Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium doch federführend Ulrike Flach verantwortlich, die beste Kontakte zu BAYER unterhält. Im letzten Jahr besuchte die FDP-Politikerin den Leverkusener Chemie-„Park“ und heuer empfing sie in Berlin 20 Lehrlinge des Pharma-Riesen zu einem Gespräch über das Thema „Nachhaltigkeit“.

Der schwarz-gelben Koalition zufolge verlegen die Pillen-Hersteller ihre Medikamenten-Tests nicht etwa aus schnöden Kosten-Gründen in Entwicklungs- oder Schwellenländer, sondern „um eine möglichst effektive weltweite Verwendbarkeit der gewonnenen Daten sicherzustellen“. Um die Standards machen sich CDU und FDP auch keine Sorgen, denn die Studien „müssen den international festgelegten Anforderungen der Guten Klinischen Praxis entsprechen, einschließlich entsprechender Inspektions- und Überwachungsmaßnahmen“. Ob das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ oder eine andere bundesdeutsche Institution die entsprechenden Überprüfungen unternimmt, dazu mochte sich die Regierungskoalition jedoch konkret nicht äußern. Es ist lediglich „von den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedsstaaten“ die Rede. Und besondere Aktivitäten entfalten diese nicht. So gab die „Europäische Arzneimittel-Agentur“ (EMA) gegenüber einem Journalisten der *Faz* zu, „nur eine kleine Anzahl der Studien“ untersuchen zu können, noch dazu erst ein Jahr nach dem

### Aus dem Inhalt,

- ▶ Auf der Mülldeponie des fiktiven Kapitals
- ▶ Nordkorea: Die gefrorene Revolution, Teil III und Schluß
- ▶ Türkei, Träume von der Hegemonie
- ▶ BergarbeiterInnenstreik in Nordspanien
- ▶ Keine Bremse für die Gier – Agenda 2020 muss her!
- ▶ Rosa Luxemburg und die Bremer Linke

### Bestellungen:

T. Gradl, Postfach 910307,  
90261 Nürnberg oder:  
redaktion@arbeiterstimme.org

Die *Arbeiterstimme* erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.– € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.– € aufwärts) sind wir sehr erfreut.

**Arbeiterstimme Nr. 178**  
erscheint Ende Dezember.



Seite 19: Rosa Luxemburg und die Bremer Linke – Die Stellung zur russischen und chinesischen Revolution, Unterschiede und Gemeinsamkeiten

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

„Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!“

### Auf der Mülldeponie des fiktiven Kapitals

Die Grenzen des finanzkapitalistischen Krisenaufschubs und der Irrwitz der „Sparpolitik“



1. In der ersten Abfolge...  
2. ...  
3. ...

**Arbeiterstimme Nr. 177**  
Herbst 2012

[www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

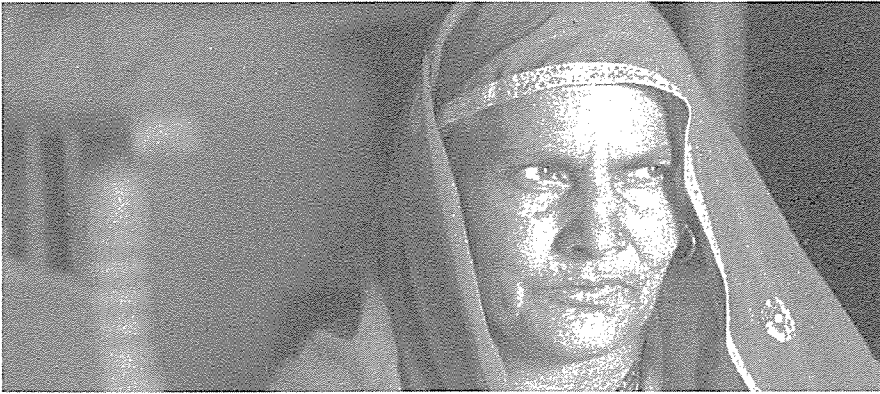


Foto: WDR

Arznei-Testerin Aameena Bee

Abschluss und ohne Zugang zu den PatientInnen zu haben. Sie baue aber gerade Kontakte in Indien, Russland und China auf, um die Zahl der Kontrollen zu erhöhen, versuchte die EMA zu beschwichtigen. Eine solche Kontakt-Anbahnung scheint auch die christlich-liberale Koalition nötig zu haben, liegen ihr doch „keine systematischen Informationen darüber vor, welche bundesdeutschen Unternehmen klinische Prüfungen von Arzneimitteln außerhalb Europas durchführen“. Zur Höhe des Anteils der Todesfälle durch Pharmazeutika-Nebenwirkungen im Vergleich zu den Todesfällen durch Vorerkrankungen vermag die Bundesregierung ebenfalls keine Angaben zu machen, da es keine „übergreifende Statistik“ gibt und keine Pflicht besteht, die Todesfälle durch Vorerkrankungen in den Dokumenten zu verzeichnen. Nach der – äußerst strittigen – Darstellung BAYERs starben 2010 in Indien „bloß“ fünf ProbandInnen zweifelsfrei an unerwünschten Medikamenten-Effekten. Den Hinterbliebenen zahlte der Konzern dafür eine Entschädigung von jeweils 5.250 Dollar. „Life is very cheap in India“, so der Kommentar eines Lesers der Publikation *moneylife* dazu. Merkel & Co. wollten zu diesen Fällen nicht Stellung beziehen: „Die Bundesregierung sieht davon ab, das Entschädigungssystem in Indien zu bewerten.“

Generell bekennt sie sich aber dazu, „geeignete Maßnahmen zum Schutz der von einer klinischen Prüfung betroffenen Personen“ zu unterstützen. Darüber hinaus versichert Schwarz-Gelb, kein Pharmazeutikum zu genehmigen, dessen klinische Erprobung nicht den in der Helsinki-Deklaration festgelegten ethischen Standards entspricht: „Grundsätzlich sind Daten aus Studien, von denen bekannt ist, dass diese Grundsätze nicht eingehalten wurden, nicht für eine Zulassung verwertbar.“

Demnach wären allerdings die Pillen, die BAYER & Co. in Indien unter den vom

WDR dokumentierten Bedingungen getestet haben, nicht verkehrsfähig. Peter Sawicki, der ehemalige Leiter des „Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“, spricht das in dem Film deutlich aus: „Wenn die Patienten nicht richtig aufgeklärt worden sind, dass sie an einer Studie teilnehmen, handelt es sich um einen klaren Verstoß gegen die Helsinki-Konventionen. Eine Studie, die dagegen verstößt, darf für nichts verwendet werden. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.“

### Zweifelhafte Reaktionen

Ob die Bundesregierung das tun wird, bleibt abzuwarten. Bisher ist sie weniger bestrebt, den Schutz der ProbandInnen in den armen Staaten zu erhöhen als vielmehr die Verfahren hierzulande zu „entbürokratisieren“ und so für eine Angleichung auf niedrigerem Niveau zu sorgen, obwohl auch die bundesdeutschen Zahlen Anlass zu Besorgnis geben. Allein bei Erprobungen von BAYER-Mitteln starben von 2007 bis 2011 45 Menschen. Nichtsdestotrotz hat der Gesetzgeber die Ethik-Kommissionen mit dem im Oktober 2012 in Kraft getretenen „2. Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ von der Pflicht entbunden, die Qualifikation aller an dem Verfahren beteiligten MedizinerInnen zu kontrollieren. Auch müssen die Pharma-Riesen die VersuchsteilnehmerInnen bei „risiko-armen“ Tests nicht mehr versichern.

Die EU will bei der Nivellierung noch weiter gehen und macht dabei keinen Hehl aus ihren Motiven. „Die Richtlinie über klinische Prüfungen wird von allen Interessenträgern (von Patienten über Forscher bis hin zur Wirtschaft) dafür kritisiert, dass sie die patienten-orientierte Forschung und diesbezügliche Studien in der EU wesentlich weniger attraktiv gemacht hat (...) Dadurch verliert Europa an Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der klini-

schen Forschung“, heißt es in dem Entwurf zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG. Folgerichtig plant sie, minderjährige und nicht einwilligungsfähige Versuchsteilnehmer größeren Risiken auszusetzen, Ethik-Kommissionen nur noch gemeinsam mit den Arzneimittel-Behörden der Mitgliedsländer entscheiden zu lassen und ihnen weniger Zeit zur Begutachtung zuzugestehen. Auf diese Weise beabsichtigt Brüssel, die Zulassungsverfahren zu beschleunigen und BAYER & Co. dazu zu bewegen, wieder mehr Versuche in Europa zu starten. Der „Arbeitskreis Medizinischer Ethik-Kommissionen“ bezweifelt die Sinnhaftigkeit dieses Unterfangens und hält fest, dass die Zunahme an klinischen Prüfungen in Ländern wie Indien, China und Brasilien nicht den vermeintlich kürzeren Genehmigungsverfahren zu verdanken ist, sondern „den sehr großen Zahlen behandlungsnaiver Patienten, die in der Teilnahme an einer klinischen Prüfung oft die einzige Chance sehen, zu einer medizinischen Behandlung zu kommen“. In diesem Zusammenhang moniert der Verein auch das Weglassen eines Passus' zur Einhaltung des ProbandInnen-Schutzes bei Tests in Drittländern, der ursprünglich Eingang in das Schriftstück finden sollte. „Der Vorschlag der Europäischen Kommission ist in bedrohlicher und dabei in von Fakten nicht gedeckter Weise von vermutlich wirtschaftlichen Interessen getrieben (...)“, konstatiert der Arbeitskreis. Sogar nach Ansicht der Bundesregierung überzieht Brüssel mit diesen Vorschlägen. GesundheitspolitikerInnen und der Bundesrat machten gravierende Einwände geltend. Deshalb wird Indien vermutlich doch nicht zur Blaupause der Direktive, die 2016 Gesetzeskraft erlangen soll. Dhananjay Shrivastav und seine vom WDR-Team interviewten Leidensgenossen tröstet das vermutlich kaum. Seinem am Ende des Films geäußerten Wunsch, dass BAYER & Co. aufhören, ihn und seine Landsleute wie Pharma-Sklaven zu behandeln, dürften ihn nämlich weder Brüssel noch Berlin mit konkreten Maßnahmen zur Eindämmung des Test-Tourismus näherbringen.





# Spuren hinterlassen.



## Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

**Fax 0211 - 26 11 220**

Absender/in:

-----  
Vorname, Name

-----  
PLZ, Ort

-----  
Straße, Haus-Nr.

-----  
Telefon, Fax

-----  
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf**

**eMailCBGnetwork@aol.com**



**BAYER will Planungshoheit**

# Pipelines & andere Projekte



Die CO-Bürgerinitiativen sortieren die 22.000 Einwendungen gegen die Kohlenmonoxid-Pipeline von BAYER

*Mit einem neuen Genehmigungsantrag wegen der zahlreichen „Planungsanpassungen“ während der Bau-Phase – und 22.000 Einwendungen dagegen – geht die Auseinandersetzung um BAYERS Kohlenmonoxid-Pipeline ins siebte Jahr. Die Beharrlichkeit, mit welcher der Leverkusener Multi das Vorhaben verfolgt, lässt dabei vermuten, dass er dabei für mehr als nur für die Gas-Leitung streitet: nämlich für das Prinzip als solches, Projekte nach eigenem Belieben durchführen zu können.*

*Von Uwe Koopmann*

Die Chance, bei einer Havarie an BAYERS Kohlenmonoxid-Pipeline zu überleben, ist so signifikant klein, dass Bilder des Grauens aufsteigen: Giftgas-Einsatz im Ersten Weltkrieg, CO-Einsatz in den Gaswagen von Januar 1940 bis Juli 1941. Heute geht

es nicht um den militärischen Einsatz von Kohlenmonoxid. Es geht auch nicht um gezielte Tötungspläne mittels CO. Allerdings: Kollateralschäden können nicht ausgeschlossen werden, denn das Giftgas ist geruchlos, farblos, unsichtbar, und

absolut tödlich auch in kleinsten Mengen. Um in der Sprache der Militärs zu bleiben: Bei der Verlegung und Nutzung der BAYER-Pipeline geht es nicht nur um ein kurzfristiges Kampfziel, bei dem der Widerstand der betroffenen Bevölkerung trotz



einer wie auch immer gescheiterten BAYER-Kommunikationspolitik gebrochen werden soll. Es geht auch um die Absicherung der „Heimatfront“ im Düsseldorfer Landtag. Die Divisionen von CDU und SPD stehen mit Ausnahme von ein paar DeserteurInnen hinter der Pipeline. Das Bataillon der Grünen hat sich durch den Koalitionsvertrag mit der SPD neutralisiert. Die Kompanie der FDP steht geschlossen in der BAYER-Front, während die Piraten-Partei der ganze Sache ergebnisoffen gegenübersteht und lediglich „die vollständige Transparenz des gesamten Verfahrens“ anmahnt.



Bei Pipeline-Unfall bitte 112 wählen: Feuerwehr Hubbelrath

**Zukünftige Projekte**

Es geht bei der Pipeline aber nicht nur darum und um so Profanes wie die Abwälzung von Katastrophenschutz-Leistungen auf kommunale Feuerwehren. Das Röhren-Werk ist vielmehr ein Baustein in der strategischen Planung der BAYER-Cheftage, welche die Wirtschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen nach eigenen Konzern-Vorgaben ausgerichtet sehen will. Die Annahme liegt nahe, dass die Rohrleitung hier eine Vorreiterrolle für weitere Projekte mit gefährlichen Nebenwirkungen spielt.

Strategische Vorgaben liefert auch der „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI), in dem mit BAYER und 1.649 weiteren Firmen mehr als 90 Prozent der Chemie-Unternehmen in Deutschland vereinigt sind. Nach Angaben des Verbandes machte die

Branche 2011 mit 428.000 Beschäftigten einen Umsatz von 184 Milliarden Euro. Der Präsident Dr. Karl Ludwig Kley ist der BAYER AG seit 30 Jahren verbunden. 1982 war er Assistent des Vorstandsvorsitzenden, danach für den Konzern in Ja-

# Keep cool!

Schenken Sie sich den Stress, verschenken Sie die »Blätter«

Erscheinungsbild: 12'12

**Blätter für deutsche und internationale Politik**

- »Bogelie nicht!  
Die Liebe in der Moderne  
Eva Illouz
- Das Ende des Amerikanischen Traums  
Joseph Stiglitz
- Die Neugründung Israels  
Gershom Gorenberg
- Obamas Macht, Obamas Ohnmacht  
Norman Barnet
- Die neue Große Depression  
Michael Krätke
- Auf den Ruinen des Alten Welt  
Wolfgang Streeck
- Die Roma und die Ökonomie der Armut  
Norbert Bläppler-Nindler
- Streit ums Copyright  
Sabine Risse

Jetzt bestellen: [www.blaetter.de/weihnachtsaktion](http://www.blaetter.de/weihnachtsaktion)

pan und Italien aktiv und schließlich Leiter des Bereichs „Finanzen und Investor Relations“, bevor er dann 2004 zu MERCK ging.

Gleich zwei Tage nach seinem Aufstieg vom Vizepräsidenten zum Präsidenten des VCI formulierte er in der FAZ Anforderungen an eine „wirkungsvolle Industriepolitik“: Sie müsse langfristig angelegt sein und Planungssicherheit gewähren. Sperre sich die Politik, diese Bedingungen im Sinne der Multis zu erfüllen, „muss sie sich nicht wundern, wenn Investitionsentscheidungen zu Gunsten anderer Länder fallen.“ Es wäre doch alles so einfach: „Die Politik sorgt für stabile Rahmenbedingungen (...) Die Wirtschaft ist dafür verantwortlich, den Rahmen verantwortungsvoll zu nutzen.“ Ebenso fordert Kley „Ideologiefreiheit“: „Wir sollten uns davor hüten, die Industrie in ‚gute grüne‘ und ‚schlechte ressourcenintensive‘ Industrie aufzuteilen.“ Zudem mahnt Kley „den Abbau der verbreiteten Technologieskepsis“ an. Ohne sie beim Namen zu nennen, ist der Chef des Verbandes der chemischen Industrie mit diesen Hinweisen – oder sind es versteckte Drohungen? – schon ganz dicht bei der Kohlenmonoxid-Pipeline.



Die Pipeline-Verlegungsarbeiten

Wo liegen nun die Differenzen zwischen BAYER und dem VCI auf der einen Seite und der NRW-Landesregierung von SPD und Grünen auf der anderen Seite? Für „Planbarkeit“ steht in der am 12. September 2012 abgegebenen Regierungserklärung von Hannelore Kraft eine ähnliche Formulierung: „Es reicht nicht, wenn wir

in der Politik nur reagieren. Wir müssen viel öfter vorausschauend agieren.“ Das gilt auch für Großinvestitionen, die durchgesetzt werden sollen: „Damit solche Investitionen weiter akzeptiert werden, haben wir die Geschäftsstelle ‚Dialog schafft Zukunft‘ ins Leben gerufen. Sie soll helfen, Dialogprozesse bereits im Vor-

## WISSENSCHAFT lebt von der *DISKUSSION*



### raum&zeit

- ✓ informiert über das, was (lebens-)wichtig ist.
- ✓ informiert über eine angstfreie Zukunft.
- ✓ informiert über das, was die (anzeigen-)abhängigen Medien verschweigen müssen.
- ✓ informiert über Wege zum Selbstvertrauen.
- ✓ informiert über Hintergründe, die er/sie aus den Massenmedien nie erfährt.
- ✓ informiert über eine lebens- und menschenfreundliche Wissenschaft.

### Neugierig geworden?

Dann gleich kostenloses Probeheft bestellen: Fax: 08171/418466,  
 mail: [vertrieb@ehlersverlag.de](mailto:vertrieb@ehlersverlag.de), [www.raum-und-zeit.com](http://www.raum-und-zeit.com)  
 ehlers verlag gmbh, Geltinger Str.14e, 82515 Wolfratshausen, Tel.:08171/418460

feld von geplanten Investitionen in Gang zu bringen.“ Mit Blick auf die CO-Pipeline ist hier fast ein versteckter Rüffel an die Adresse der BAYER-Kommunikationspolitik zu hören.

Man könnte Hannelore Kraft mit dem BAYER-Vorstandsvorsitzenden Marijn Dekkers in einem Boot wännen, wenn die Ministerpräsidentin im Gespräch mit WAZ-Chefredakteur Ulrich Reitz nach ihrer ersten gewonnenen Wahl feststellte: „Wir, Unternehmen und Politik, müssen uns diesen möglichen Zielkonflikten frühzeitig stellen.“ Das war noch vor der Wahl ganz schlecht gelaufen, denn die SPD-geführte Bezirksregierung Düsseldorf als Genehmigungsbehörde erfüllte alle BAYER-Wünsche, ließ sich dabei aber immer wieder von den Initiativen erwischen, welche die Pipeline unter ständiger Beobachtung hatten.

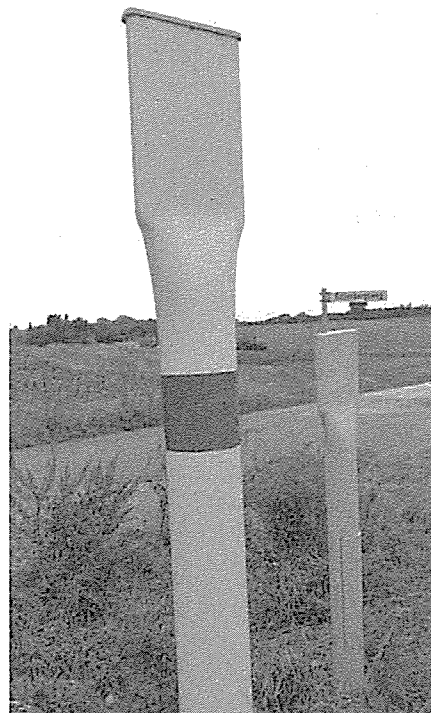
Das Interpretationsmonopol innerhalb der Landesregierung liegt bei Hannelore Kraft. Auf einen Bericht der *Rheinischen Post* über Differenzen mit den Grünen hinsichtlich der CO-Pipeline antwortete sie schon 2010 bei ihrer ersten Regierungsbildung scheinbar sybillinisch und machtbewusst eindeutig: „Das werden wir in den Koalitionsverhandlungen sehen.“ Nach

den Verhandlungen war schließlich zu sehen, dass die Grünen – im deutlichen Gegensatz zu ihren Oppositionszeiten – nicht mehr offen gegen die CO-Pipeline auftraten.

Die SPD gewann dann auch die zweite Landtagswahl. Hannelore Kraft suchte sich mit Garrelt Duin einen neuen Wirtschaftsminister, der es nun richten soll. Duin besuchte sogar schon die Pipeline-GegnerInnen in Erkrath. Die Initiative freute sich, und Duin erklärte dann: „Die Chemie-Industrie ist eine Schlüsselbranche der NRW-Wirtschaft. Großvorhaben stärken den Standort und sichern Wachstum und Beschäftigung.“ Die Fragen der BürgerInnen wollte er dem Konzern zuleiten. Kurze Zeit später kritisierte Duin in der *Rheinischen Post* nicht etwa die Pipeline an sich; es seien lediglich „in der Umsetzung deutliche Fehler gemacht“ worden. Den AnwohnerInnen riet er derweil, ihre politische Arbeit an ExpertInnen zu delegieren. Diese sollten als Ombudsleute den BürgerInnen helfen, „das Verfahren zu verstehen“.

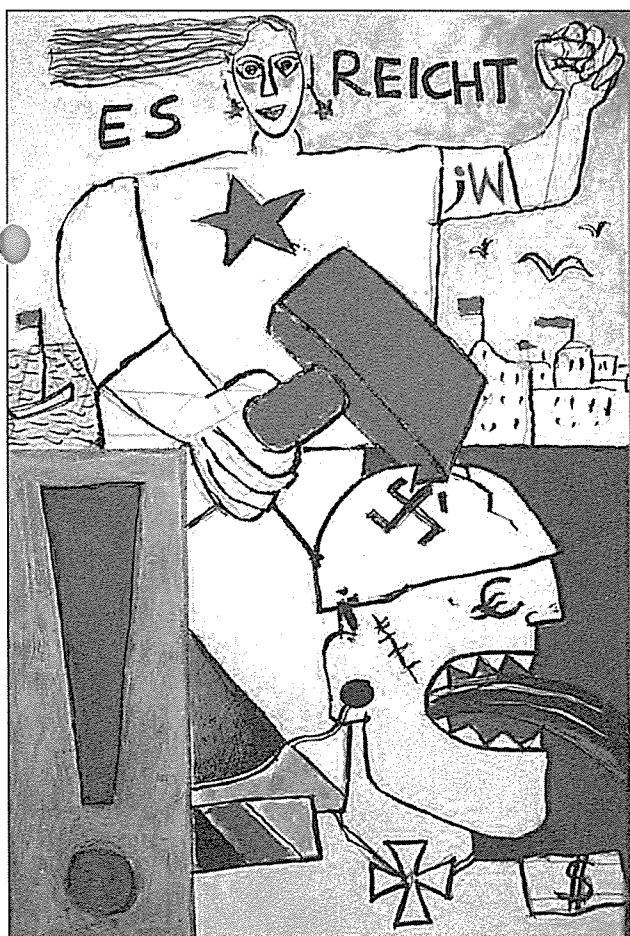
### 22.000 Einwendungen

Die Mehrheit der Menschen an der Trasse der CO-Pipeline ließ sich aber nicht einlul-



Dezente Warnung: CO-Markierungspfähle

len. Der Widerstand wuchs sogar. Gegen den neuen Genehmigungsantrag des Multis, der nötig wurde, weil BAYER während des Baus zahlreiche „Planungsanpassungen“ vorgenommen hatte, erreichten die



Samstag, 12.1.2013

URANIA-HAUS, An der Urania 17, 10787 Berlin. Einlaß ab 10 Uhr

## XVIII. Internationale ROSA LUXEMBURG Konferenz

Vorträge ab 11 Uhr

### WER HAT ANGST VOR WEM?

Jugendforum um 14.00 Uhr

Arbeiterjugend 2013: Lernen, wie wir kämpfen müssen

Podiumsdiskussion um 17.30 Uhr

### DER FEIND STEHT LINKS

?Shmaltz!

Hinreißende Klezmer-Balkan-Beats aus Malwonja zum Auftakt um 10.30 Uhr und bei der Abschlußfete im hinteren Foyer ab 20 Uhr

Eintrittspreise: Gesamtkarte (inkl. Podiumsdiskussion): 16 €/erm. 13 €;

Karte für Podiumsdiskussion: 5 €/erm. 4 €

Informationen und Kartenvorverkauf: online unter [www.rosa-luxemburg-konferenz.de](http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de), [aktionsbuero@jungewelt.de](mailto:aktionsbuero@jungewelt.de), telefonisch unter 0 30/53 63 55 10 und in der jw-Ladengalerie, Torstraße 6, 10119 Berlin

Veranstaltet von

© Die Bannern  
**junge Welt**



**Die kleine CO-Chronik**

- 2004 Grobplanung der Trasse  
CO-Liefervertrag mit LINDE
- 2005 Raumordnungsverfahren beendet
- 2006 Rohrleitungsgesetz verabschiedet
- 2007 Planfeststellungsbeschluss  
Bau- und Betriebsgenehmigung  
Erster Verstoß gegen Planungsvorgaben.  
OVG Münster hebt Genehmigung auf
- 2008 Planergänzungsbeschluss senkt Sicherheitsvorschriften
- 2009 Eilantrag zur Inbetriebnahme abgelehnt  
Fund von Fliegerbomben entlang der Trasse
- 2010 Feuerwehren kritisieren Sicherheitskonzept  
Vorbereitung des Planänderungsverfahrens
- 2011 Erdabsenkungen entlang der Strecke  
Gericht untersagt Inbetriebnahme wg. mangelnder Erdbebensicherheit  
Rost an den Leitungen entdeckt
- 2012 Planänderungsverfahren eröffnet  
22.000 Einsprüche eingereicht  
(mit Material von STOP CO-PIPELINE)

Bezirksregierung Düsseldorf sage und schreibe 22.000 Einwendungen. Auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat eine solche geschrieben. Zudem wurden viele CBG-Mitglieder selber aktiv und formulierten Eingaben. Die Behörde will die Post im ersten Halbjahr 2013 abschließend bearbeitet haben. Dann gibt es eine Erörterung. Es handelt sich dabei um einen „nicht-öffentlichen Termin, an dem alle Einwendungen mit den Verfassern von Einwendungen erörtert werden“ sollen. Danach entscheidet die Bezirksregierung, ob sie den geänderten Plänen des Pharma-Riesen nachträglich zustimmt – oder den betroffenen BürgerInnen. Auch noch nach der Übergabe der Einsprüche ging der Protest weiter: Bei der Stadt Düsseldorf wurde angefragt, wie es denn nun um den Allgemeinen Gefahrenabwehrplan (AGAP) bestellt sei. Die Antwort war eindeutig: Er ist nicht rechtskräftig. Einen Sonderrettungsplan gebe es ebenfalls nicht in einer rechtlich abgesicherten Fassung, da der voraussetze, dass es einen gültigen AGAP gebe. Gefragt wurde auch, ob vielleicht Karten einzusehen seien, die deutlich machen würden, wo BAYER „nacharbeiten“ würde. Diese Karten, so die Antwort aus dem Gerres-

heimer Rathaus, hätte BAYER vorlegen müssen. Sie lagen aber nicht vor. Fazit: Mit einer umfassenden Rettung ist bei Vollbruch der Leitung nicht zu rechnen. Und dann ist da noch die vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängige Klage, welche die Rechtmäßigkeit des Projekts bestreitet, weil es nicht wie behauptet dem Allgemeinwohl dient. „Die BI (BÜRGERINITIATIVE CONTRA PIPELINE DUISBURG-SÜD, Anm. SWB), aber auch die Kläger gehen davon aus, dass vor dem OVG in Münster, dem BVG in Leipzig oder letztendlich vor dem VG in Karlsruhe das Aus für dieses unsinnige und unnötige Projekt fällt. Denn das Allgemeinwohl der CO-Pipeline ist niemals herstellbar“, das trug BI-Sprecher Erich Hennen bei der gemeinsamen öffentlichen Sondersitzung des Umweltausschusses, des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr sowie der Bezirksvertretung Duisburg-Süd vor. Ein weiteres Statement von ihm war direkt an die Adresse BAYERs gerichtet: „Wir dulden nicht, dass Duisburg irgendwann als die Stadt der toten Kinder bezeichnet wird.“ Und eine solche Zukunft für ihre Städte werden auch alle anderen Initiativen entlang der 67 Kilometer langen CO-Pipeline nicht dulden.



**Solidarität organisieren – Mitglied werden!**

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter\_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.

 **ROTE HILFE e.V.**, Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255, 37022 Göttingen  
bundesvorstand@rote-hilfe.de, www.rote-hilfe.de

**Spendenkonto:** Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 – 462  
BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund  
IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62  
BIC: PBNKDEFF

**DIE ROTE HILFE**  
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.  
**Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

DIE ROTE HILFE-Redaktion  
Postfach 3255, 37022 Göttingen  
rhz@rote-hilfe.de



**Auch in gut sortierten  
Bahnhofsbuchhandlungen**

taz.

# zeo<sub>2</sub>

Das Umweltmagazin

zeo<sub>2</sub> ist das politische  
Umweltmagazin der taz.

• VERKEHR • RESSOURCEN • BRUTTO  
ENERGIE • ÖKO-STRATEGIEN • LEBENSST  
TIGKEIT • KLIMA • ENERGIE • VERKEHR  
RGIE • RESSOURCEN • NACHHALTIGKEIT •  
LEBENSSTILE • ÖKO-STRATEGIEN • KLIMA  
TEGIEN • NACHHALTIGKEIT • VERKEHR •  
• VERKEHR • ÖKO-STRATEGIEN • LEBENS  
N • NACHHALTIGKEIT • VERKEHR • LEBEN  
EN • ENERGIE • LEBENSSTILE • RESSOU  
ERKEHR • RESSOURCEN • NACHHALTIGKEIT  
N • LEBENSSTILE • KLIMA • VERKEHR  
RKEHR • NACHHALTIGKEIT • LEBENSSTILE  
RGIE • RESSOURCEN • NACHHALTIGKEIT •  
N • NACHHALTIGKEIT • VERKEHR • LEBEN  
VERKEHR • BRUTTOSOZIALGLÜCK • ENER

DAS LEITMEDIUM ZUR ÖKOLOGISCHEN DEBATTE ERSCHEINT VIERMAL IM JAHR.

EIN JAHRESABO KOSTET 22 EURO, EINE EINZELNE AUSGABE AM KIOSK 5,50 EURO.

T (030) 2 59 02-200 | [zeo2abo@taz.de](mailto:zeo2abo@taz.de) | [www.zeozwei.taz.de](http://www.zeozwei.taz.de)

## BAYERs Frühgeschichte

## Der Rhein als „Opferstrecke“



BAYER und sein Abwasserkanal

2013 feiert der Leverkusener Multi sein 150-jähriges Bestehen. Stichwort BAYER wirft deshalb das Jahr über Schlaglichter auf die wenig ruhmreiche Geschichte BAYERs. Den Anfang macht ein Text über frühe Umweltsünden des Konzerns, die schon damals immer wieder zu Protesten führten. So betrachtete der Chemie-Riese den Rhein als „Opferstrecke“, technische Maßnahmen zur Abwasserreinigung hingegen als „Vergeudung von Nationalkapital“ und sah sich deshalb mit vielen Klagen konfrontiert.

Von Stefan Blaschke\*

Umweltklagen gehören zur Geschichte der Farbenfabriken von Anfang dazu.<sup>1</sup> Schon 1854 hatten gegen eine Konzessionserteilung für Friedrich Bayer, um Zinn- und Eisenbeize, Indigokarmin und Blaupulver herzustellen, 23 Barmer Bürger Protest eingelegt, da sie Schäden an Gesundheit und Vegetation befürchteten.<sup>2</sup> Im Sommer 1864 musste das erst ein Jahr zuvor gegründete Unternehmen die ersten Entschädigungen zahlen. Es kamen immer mehr Beschwerden in der Nachbarschaft auf, die regelmäßig fälligen Abfindungssummen nahmen zu.<sup>3</sup> Die Forderungen nach Schadensersatz wurden allerdings immer höher, so dass Friedrich Bayer nicht bereit war, ihnen nachzukommen. Da die Verbitterung in der Bevölkerung stieg, konnte er sich nicht mehr ohne Begleitung auf der Straße sehen lassen. BAYER strengte einen Prozess an, um diese Situation zu beenden, wurde aber zur Zah-

lung verurteilt. Das führte dazu, dass es manchem Nachbar zur Gewohnheit wurde, an bestimmten Tagen seine Abfindung im Fabrikkontor in Empfang zu nehmen, wie die Arbeiter ihren Lohn. Der Umzug nach Elberfeld bedeutete nicht das Ende von Klagen in Barmen.

1872 zeigten Fabrikrevisionen, dass das Unternehmen es mit den Konzessionsauflagen nicht sonderlich genau nahm, was zu täglichen Geldstrafen führte bis zur Erfüllung der Auflagen. Ein hartes Eingreifen des Elberfelder Bürgermeisters hatte den gewünschten Erfolg, die Firma zu sorgsamem Umgang mit seinen Produktionsabfällen anzuhalten. In der Folgezeit gab es keinen Widerstand, erneute Proteste sind erst für 1884 aktenkundig. Einmal ging es sogar bis zum Minister für Handel und Gewerbe in Berlin, da die Opponenten sich nicht mit der Entscheidung der Beschlussbehörde abfanden, dass keine

Belästigungen zu erwarten seien. Es ging um den Miet- und Verkaufswertverlust für benachbarte Wohnhäuser, bedingt durch Rauch und Gestank, und um die Behinderung eines Brauereibetriebs. BAYER bestritt die Einlassungen und verwies darauf, dass jedes Entweichen von Dämpfen einen finanziellen Verlust bedeuten würde. Zudem bewies der Gesundheitszustand der Arbeiter, dass die Produktion ungefährlich sei. Entweichende Dämpfe würden ohnehin verdünnt, so dass von ihnen keine Gefahr mehr ausginge. Man verwies außerdem auf eine näherliegende Brauerei, die sich noch nie beschwert hätte, was den protestierenden Brauereibesitzer zu der Anschuldigung verleitete, dass BAYER sich das Schweigen erkaufe. Die Farbenfabriken hoben schließlich die eigene überragende wirtschaftliche Bedeutung hervor, ein Argument wie man noch anmerken muss, das man in den An-

fangsjahren noch nicht benutzen konnte. Nur durch ein Ansteigen der Betriebsgröße sei der Vorsprung der deutschen chemischen Industrie zu sichern gegen eine wachsende Bedrohung durch das Ausland. Dem Argument konnte sich der Minister nicht verschließen.

Ende der achtziger Jahre erreichten die Proteste einen Höhepunkt. Im Juni 1889 sandten 66 Fabriknachbarn ein von ihnen unterzeichnetes Schreiben an die Königliche Regierung. Die Belastungen waren nicht konstant, sondern traten zu unterschiedlichen Zeiten auf und waren von unterschiedlicher Dauer. Der Historiker Ralf Henneking vermutet, dass das Unternehmen vor jeder Inspektion gewarnt wurde, so dass zu diesen Zeiten Belastungen vermieden werden konnten. Eine ständige Überwachung wäre somit notwendig gewesen. Doch bei der geringen Zahl an Aufsichtsbeamten blieb nichts anderes übrig, als auf das Verantwortungsbewusstsein der Unternehmer zu hoffen<sup>4</sup>. Seit Ende der achtziger Jahre wurden die Farbenfabriken von Protesten im Raum Barmen-Elberfeld verschont, obwohl die Umweltschädigungen nicht beseitigt worden waren. Ein letztes Mal zu Protesten in Elberfeld kam es 1901. Der Opponent forderte, dass das Unternehmen sofort nach „Leverkusen“ gehen solle. Die Elberfelder Bürgerschaft würde den Wegzug durchaus nicht bedauern.

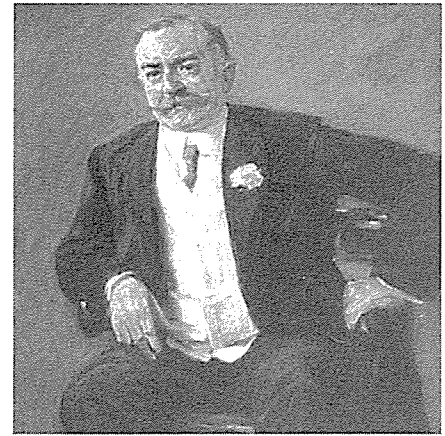
### Klagen in Leverkusen

Die Errichtung von Fabrikanlagen und Gebäuden bedurfte jeweils einer staatlichen Genehmigung. Im Zeitraum zwischen 1894 und 1915 beantragte das Unternehmen 64 Konzessionen für das Werk Leverkusen, wobei nur in sieben Fällen Einspruch eingelegt wurde. Hinsichtlich Ausmaß und Intensität erreichten die Auseinandersetzungen nie die Dimension wie in Barmen und Elberfeld, wo wiederum mit der Verlegung der Fabrikanlagen ein Rückgang an öffentlichen Protesten hervorgerufen wurde. Im Raum „Leverkusen“ blieben zudem die Proteste bei Konzessionsverfahren auf die Zeit bis 1900 beschränkt.<sup>5</sup>

1894 legten elf Fabriknachbarn gegen die Errichtung einer Schwefelsäurefabrik Protest ein, da sie Nachteile für ihre Ländereien und für die eigene Gesundheit befürchteten. Der Landrat zu Solingen sah sich daraufhin veranlasst, den Bezirksausschuss in Düsseldorf um die Entsendung eines Sachverständigen zu bitten, der prüfen sollte, ob die Besorgnisse berechtigt seien. Laut Ergebnis des Gutachtens war

mit einem Entweichen von saurem Gas in erheblichem Umfang nicht zu rechnen und eine negative Wirkung der Kiesabbrände durch entsprechende Maßnahmen vermeidbar, so dass den Farbenfabriken nur geringe Auflagen bei der Konzessionerteilung gemacht wurden.<sup>6</sup>

Infolge der systematischen Werkserweiterung beantragte das Unternehmen Konzessionen für den Bau einer Reihe von Fabrikanlagen, nämlich einer Anlage zur Konzentration von Schwefelsäure, einer Phthalsäure-, einer Salzsäure-, einer Schwefelsäurehydrit- und einer Salpetersäurefabrik. Gegen deren Einrichtung wurde im Jahre 1895 von sieben Parteien Protest eingelegt. Zwei davon zogen ihren Einspruch schon bei dem Erörterungsgespräch auf dem Bürgermeisteramt zurück. Der Solinger Landrat blieb skeptisch, doch wurde eine generelle Verweigerung der Konzession aufgrund der Bedeutung BAYERs und der allgemein günstigen Lage der geplanten Anlagen nicht erwogen. Das Ziel der Konzessionsbedingungen war zwar präzise formuliert. Doch die Bedingungen blieben auslegbar hinsichtlich ihrer Umsetzung, die dem Unternehmen selbst überlassen wurde, so dass der tatsächliche Wert für den Schutz der Nachbarschaft wohl eher gering war.<sup>7</sup>



Quelle: BAYER

Carl Duisberg im Liebermann-Porträt

Im gleichen Jahr legte der Freiherr von Diergardt, der als Meistbegüterter jeweils im Wiesdorfer und Bürriger Gemeinderat saß, gegen den Bau einer Naphtylaminsulfosäurefabrik Einspruch ein. Er erschien allerdings erst gar nicht zum Verhandlungstermin auf dem Bürgermeisteramt. Dort erklärte der von der Firmenleitung bevollmächtigte damalige Oberingenieur Ludwig Girtler, dass Diergardt ein prinzipieller Gegner der Industrie zu sein scheine, da er bei allen bisherigen Konzessionsfällen Protest eingelegt habe, und dass nun die zuständige Behörde den Wert dieses Protestes prüfen müsse, zumal der Ein-

**Waterkant**  
 UMWELT + MENSCH + ARBEIT IN DER NORDSEEREGION    WWW.WATERKANT.INFO  
 ISSN 1611-1583  
 Vier Ausgaben pro Jahr  
 Erscheint seit 1986

Im September-Heft:

- Havarie »MSC Flaminia«
- JadeWeserPort-Eröffnung
- Schweinswal-Schutz beim Bau von Offshore-Windkraft
- Neues CCS-Gesetz: Mehr Kohle, mehr Pipelines
- Plastikmüll – ein globales Problem

Förderkreis WATERKANT e. V.

www.waterkant.info

## O-Ton BAYER



„Die Energiewende ist der tiefste Einschnitt in die Wertschöpfung der deutschen Industrie, den es je gegeben hat.“

*BAYERS Aufsichtsratschef Werner Wenning in einem Interview mit dem Manager-Magazin.*

## CBG bei der Arbeit



Die diesjährige Jahrestagung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) widmete sich der „Geschichte und Perspektive von Konzern- und Globalisierungskritik“. Für die Geschichte war Wolfgang Kraushaar vom „Hamburger Institut für Sozialforschung“ zuständig. In seinem Vortrag spannte er einen weiten Bogen vom ersten Metallarbeiter-Streik 1956 und den Anfängen der Friedensbewegung über 1968ff bis hin zu OCCUPY. Marianne Aeberhard von der schweizer Initiative MULTIWATCH nahm den Faden auf und berichtete detaillierter über politische Arbeit im Hier und Jetzt. und Am Beispiel des Nahrungsmittel-Giganten NESTLÉ demonstrierte sie, wie Konzern-Kritik im Nachbarland funktioniert. Der CBGler Axel Köhler-Schnura schließlich verband Geschichte und Gegenwart und blickte auf das schon über 30 Jahre andauernde Ringen der Coordination mit BAYER zurück. „Die Erfahrungen existieren weiter“, resümierte er hoffnungsfroh. Die Protest-Kultur hat sich aber auch verändert und steht vor neuen Herausforderungen, das ergaben die Diskussionen nach den Beiträgen. Um eines jedoch wird selbst Protest 2.0 nicht herkommen, wenn er Wirkungen entfalten will, wie Axel Köhler-Schnura betonte: „Man muss in die Auseinandersetzung gehen.“

sprucherhebende nicht erschienen sei. Es ging dabei mehr um eine Disqualifizierung des Gegners, ohne dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Protest stattfand. Es scheint so, als habe Diergardt seine Einwände nicht weiterverfolgt, denn BAYER erhielt die Genehmigung ohne weitere Probleme.<sup>8</sup>

In drei weiteren Fällen kam der Einspruch jeweils von Seiten der Stadt Köln, die eine Schädigung für ihr Stadtgebiet befürchtete. Im ersten Fall wurde 1897 der Einspruch gegen die Herstellung von Alizarin und anderen Farbstoffen als unbegründet zurückgewiesen. In den beiden anderen Fällen im Jahre 1899, nämlich beim Bau einer Natron- und Kalifabrik und einer Erweiterung der Fabrik für Oxianthrachinoderivate, zog die Stadt Köln noch vor den Verhandlungen die Proteste von sich aus zurück. Das Gleiche geschah im selben Jahr beim letzten Fall, bei dem Protest gegen die Errichtung einer neuen Schwefelsäurefabrik eingelegt wurde. Der einzige Opponent nahm seinen Protest zurück, trotzdem erhielten die Farbenfabriken die Konzession nur unter zahlreichen Auflagen.<sup>9</sup>

Es gab zwar Proteste aus Köln, aber anscheinend keine von Seiten der Nachbarbürgermeisterei Merheim oder der Stadt Mülheim. Johann Paul hat in einem Aufsatz die Umweltbelastungen in der Bürgermeisterei Merheim in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg untersucht. Dabei hat er auch den Problemkreis „chemische Dämpfe und Rauch“ behandelt, führt aber nur Belastungen durch Mülheimer Fabriken auf.<sup>10</sup> Zu berücksichtigen ist, dass in Flitard, der nächstgelegenen Ortschaft innerhalb der Bürgermeisterei Merheim, eine große Anzahl von Werksangehörigen wohnte.

## Rheinverschmutzung

Ein zweiter Bereich, in dem sich die Farbenfabriken mit Umweltklagen konfrontiert sahen, war die Abwassereinleitung in den Rhein. In der älteren Forschung wurde der Rhein für die Aufnahme größerer Mengen chemischer Abwässer als günstig angesehen, ohne dass die damit verbundenen Umweltbelastungen und auch die damalige Diskussion gesehen wurde.<sup>12</sup> Schon gegen die Ultramarinfabrik von Carl Leverkus hatte es Klagen von Fischern gegeben. Der Fabrikant erklärte jedoch, dass seine Abwässer keine giftigen Stoffe enthielten. Der damals zuständige Bürgermeister von Opladen bestätigte dies 1888 mit der Bemerkung, dass er

noch nie von Klagen über die Abnahme des Fischereiertrags gehört habe. Klagen allerdings die betroffenen Fischer allzu laut, konnte es vorkommen, dass die Verunreiniger die staatlichen Fischereireviere meistbietend ersteigerten und dann ungenutzt ließen. Dadurch wurden die Fischer wiederum erwerbslos und wanderten als Arbeiter in die Industrie ab. In dem Konflikt wurde schließlich der Gewerberat bei der Düsseldorfer Bezirksregierung mit einer gründlichen Untersuchung beauftragt, in der er feststellte, dass die Abwässer noch schwach sauer und somit schädlich für die Fische waren. Als einfachste und für Leverkusen kostengünstigste Lösung wurde von den Behörden die Versenkung der Abfälle auf dem Fabrikgelände vorgeschlagen, ohne dass dabei die mittelfristige Umweltbelastung in Betracht gezogen wurde.<sup>13</sup>

Die eigentliche Auseinandersetzung um die „Flußverunreinigungsfrage“ begann in Deutschland in den späten siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts als Weiterführung der zwischen etwa 1860 und 1880 heftig diskutierten „Städtereinigungsfrage“. In den siebziger Jahren waren in Deutschland zwar nur einige kleinere Flüsse verschmutzt im Vergleich mit den Zuständen in England. Zu dieser Zeit sah man noch keine kurz- oder mittelfristige Gefahr, da die Industrialisierung viel weniger fortgeschritten und außerdem die deutschen Flüsse im Allgemeinen als wasserreicher galten. Überlegungen bezüglich der Verantwortlichkeit der Industrie blieben lange unbeachtet. Dagegen schienen die durch Fäkalien und organische Stoffe verursachten Flußverunreinigungen als wichtiger erachtet worden zu sein.

Das Problem der Flussverunreinigung durch industrielle Abwässer war aber schon längst vorhanden. So konstatierte z. B. im Jahre 1876 eine von der preußischen Regierung genehmigte Schrift, dass die Wupper im Raum Barmen-Elberfeld durch die industriellen Abwässer „meistens einem Tintenstrom“ gleiche, was auch schon zehn Jahre zuvor zutraf. Wollte man aber der Industrie die Ableitung ihres Abwassers in den Fluss verbieten, hätte dies nach Ansicht des Staats eine schwere wirtschaftliche Krise zur Folge. Im folgenden Jahrzehnt versuchten die Staaten, die Flussverunreinigung in den Griff zu bekommen.<sup>14</sup>

Zu den größten Abwassereinleitern im Kölner Raum zählten die Farbenfabriken. 1896 erhielt das Unternehmen die Geneh-



migung für den Bau einer Abwasserrohrleitung unter der Bedingung, dass die Abwässer klar und neutral sein, also Spuren von Säuren gegebenenfalls neutralisiert werden mussten. Fünf Jahre später bekam BAYER eine weitere Einleitungskonzession, wobei es nun abgeschwächt hieß, dass das Wasser frei von schädlichen oder übelriechenden Beimengungen und möglichst rein sein müsse. Dass davon keine Rede sein konnte, hatte eine Untersuchung wenige Tage vor der Konzessionserteilung ergeben. Da die Abwässer stark sauer reagierten, durften sie eigentlich gar nicht in den Rhein eingeleitet werden.<sup>15</sup>

Die Unternehmensleitung versprach, eine Selbstkontrolle vorzunehmen, und so setzte man noch 1901 eine vierköpfige Abwasserkommission ein, die die erste derartige Einrichtung eines Chemieunternehmens in der Rheinprovinz war.<sup>16</sup> Unter den Kommissionsmitgliedern war auch Curt Weigelt<sup>17</sup>, der der Vorsitzende der Abwasserkommission des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ war und der mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt wurde.

Kurz nach seiner Gründung 1878 betrieb der „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ schon eine effektive Verbandsarbeit in Umweltfragen, da die chemische Industrie am stärksten und am frühesten der öffentlichen Kritik und massiver behördlicher Reglementierungsversuche ausgesetzt war. Bereits 1886 wählte man eine Flusskommission, 1889 legte man seine Position fest, und im darauffolgenden Jahr ver-

öffentlichte man dazu eine Denkschrift, die von Konrad Wilhelm Jurich verfasst war. Eine generelle Behandlung der Abwasserfrage sah man als eine Unmöglichkeit an. Die Einleitung der Fabrikabwässer in die Flüsse sei notwendig und berechtigt, da diese als die natürlichen Ableiter anzusehen seien. Dabei stützte man sich auf die These Max von Pettenkoffers, dass Flüsse eine Selbstreinigungskraft besäßen. Die Feststellung allgemeiner Grenzwerte für schädliche Bestandteile der Abwässer hielt man für nicht durchführbar. Die Kritik am Grenzwertkonzept konnte sich auf praktische Erfahrungen aus England stützen. Dort hätte die rigorose Durchsetzung der 1870 aufgestellten Grenzwerte die weitere industrielle Entwicklung unmöglich gemacht. Die Entstehung epidemischer Krankheiten durch industrielle Abwässer sei zudem nicht nachgewiesen, womit auf die kommunalen Einleitungen angespielt wurde. Die Industrie erkenne ihre Verpflichtung an, nach wissenschaftlichen und praktischen Mitteln Verschmutzung zu vermeiden, gleichzeitig müssten aber die verschiedenen Interessen abgewogen werden.

1901 beschloss die Abwasser-Kommission, einen Sachverständigen zu berufen, der dem Verein bei der Regelung der Abwasserfrage den größtmöglichen Einfluss sichern sollte mittels wissenschaftlicher Argumente. Man versicherte sich der Dienste Weigelts, der zuvor Vorsitzender des „Deutschen Fischerei-Vereins“ gewesen war. Im Sinne der chemischen Industrie modifizierte er seine wissenschaftlichen Überzeugungen und vertrat nun

das Prinzip der „Opferstrecke“ und das der Selbstreinigung der Flüsse, allerdings beruhte sein Standpunkt lediglich auf theoretischen Erwägungen.<sup>18</sup>

In dem Gutachten für die Farbenfabriken bestätigte Weigelt eine Verunreinigung des Rheins, die jedoch unvermeidlich sei und zudem außer Verhältnis zu der wirtschaftlichen Bedeutung des Werks Leverkus für Kommune und Staat stünde. So könne eine vorwärtsstrebende Industrie, die bedacht sei, aus Gewinn- und Wettbewerbsinteressen die Kosten für die Abwasserreinigung so niedrig wie möglich zu halten, ohne staatliches Zugeständnis einer größeren Opferstrecke nicht auskommen.<sup>19</sup> Nach Ansicht des Vorstandsmitglieds der Farbenfabriken, Carl Duisberg, waren deshalb technische Maßnahmen zur Abwasserreinigung „Vergeudung von Nationalkapital“. Er trat für die „Freiheit der fließenden Welle“ ein und forderte eine unbeschränkte industrielle Nutzung der Wasserläufe.<sup>20</sup> Für flüssige Abfallstoffe der Industrie fanden sich keine entsprechenden Verwendungsmöglichkeiten. Es blieb ein zu beseitigender Rest, die aufzubringenden Kosten für eine Reinigung, wenn sie denn technisch möglich war, galten allgemein als „Ausgaben ohne Gegenleistung“<sup>21</sup>

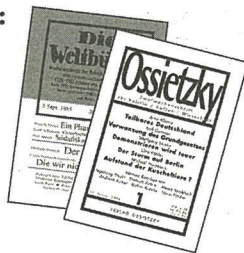
Die Unternehmensleitung teilte der zuständigen Behörde auf der Grundlage des Gutachtens mit, dass die Auflagen nicht erfüllt werden könnten. Zwei Jahre später erstellte Weigelt ein weiteres Gutachten, dessen Ergebnis war, dass die Entwicklung des „gewaltigen Werkes“ durch kleinliche Forderungen nach Reinigung der Abwässer nicht gestört werden dürfe,



Informativ, knapp und klar:

# Ossietsyky

Die Schaubühne seit 1905  
Die Weltbühne seit 1918  
Ossietsyky seit 1998



Ossietsyky – anregend für Gleichgesinnte und Andersdenkende. Immer ein Anstoß für nützliche Gespräche. Alle 14 Tage neu im Briefkasten mit dem kleinen, aber feinen Kontrastprogramm zur täglichen Meinungsmache der Medienkonzerne.

OSSIETZKY – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

OSSIETZKY erscheint im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen verschleierte Sprachregelungen, gegen die Gewöhnung an den Krieg und an das vermeintliche Recht des Stärkeren.

Bestelladresse: Verlag OSSIETZKY GmbH · Weidendamm 30 B · 30167 Hannover  
Fax 0511-21 55 126 · ossietsyky@interdruck.net · www.ossietsyky.net

# Ossietsyky

Zweiwöchenschrift  
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Otto Meyer  
**Demographischer Spatzwang?**  
Arno Klönne  
**Der sogenannte Verfassungsschutz**  
Vera Friedländer  
**Der verbrannte Koffer**  
Peter Turrini  
**Ein Dichter redet vor Ärzten**

Mit Sprachschludereien und Propagandasprache  
befassen sich Matthias Biskupek • Kurt Pätzold  
Gisela Notz • Wolfgang Helfritsch • Thomas  
Rothschild • Ralph Hartmann u.a.  
Heinrich Hannover gratuliert Friedrich Wolff

Fünfzehnter Jahrgang  
21. Juli 2012 **15/16** € 5,60

seit 1905 **Die Schaubühne** seit 1918

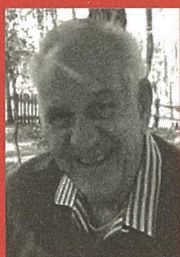
## Promis gegen Profit



zu manipulieren und die Politiker zu beeinflussen, sind schlicht obzön“

*Der Musiker David Byrne über die Politischen Aktionskomitees (PACs), mit denen die Multis in den US-Wahlkampf eingriffen. Allein BAYER hat 431.000 Dollar investiert, 293.000 Dollar gingen dabei an republikanische KandidatInnen, 137.500 an demokratische.*

## Testimonial



Ihre Wachsamkeit macht die Welt sicherer! Ich bin sicher, dass BAYER durch Ihre Arbeit dazu gezwungen wird, sich besser zu verhalten.

*Robert O'Brien, Autor, Pawleys Island, South Carolina (USA)*

zumal der Schaden doch ohnehin nur minimal sei. Die Aufsichtsbehörden gaben daraufhin nach, der Düsseldorfer Regierungspräsident war beruhigt, dass BAYER sich des Ernstes der Lage bewusst sei, und der Oberpräsident der Rheinprovinz sah einen schwerwiegenden schädlichen Einfluss als nicht erwiesen an.

1908 stellte eine Untersuchungskommission, die aufgrund von Klagen des Oberfischereimeisters bei der Regierung und der Strombauverwaltung tätig geworden war, eine „dampfende, rötlich gefärbte Menge Abwasser“ unmittelbar am Ufer fest, die vom Werk Leverkusen in den Rhein geleitet wurde. Die Farbenfabriken verwiesen dagegen auf die Abwässer der Städte Köln und Mülheim, womit angedeutet wurde, dass man nicht der alleinige

Rheinverschmutzer sei. Man benutzte das Argument, das nicht ganz von der Hand zu weisen war, um von sich selbst abzulenken.<sup>22</sup> 1901 hatte die Wasserbau-Inspektion der Rheinstrombauverwaltung in Koblenz rund 200 nicht-genehmigte Abwasserleitungen allein auf der Rhein-strecke im Kölner Bezirk festgestellt. Daneben gab es zahlreiche Einleiter, die mit staatlicher Genehmigung den Rhein verschmutzten. Doch auch gegen die Verschmutzung durch Kommunen waren die Behörden letztlich machtlos.<sup>23</sup>

Die Firmenleitung stimmte mit dem Argument der wirtschaftlichen Bedeutung der Farbenfabriken und der chemischen Industrie allgemein in regionaler und nationaler Hinsicht uneingeschränkt überein. Die Tendenz einer solchen „Nationalisierung“ galt z. B. auch für die Elektroindustrie, was verhinderte, dass sich mit den Protesten inhaltlich auseinandergesetzt wurde. Dass Fabriken für das „öffentliche Wohl“ auch gesundheitsschädlich sein konnten, wurde nicht gesehen<sup>24</sup>. Nach Ansicht Duisbergs wurden die Schädlichkeiten der chemischen Industrie wesentlich überschätzt. So seien die Gesundheitsverhältnisse z. B. nicht schlechter als bei KRUPP, doch sei die öffentliche Meinung eben geneigt, das Gegenteil anzunehmen. Duisberg führte sich selbst als Beweis für die Ungefährlichkeit der „Giftindustrie“ an, da er als Chemiker trotz zahlreicher Vergiftungen immer noch gesund sei. Das Restrisiko sei geringer als die freiwillig eingegangenen Gefahren des Alkohols und des Rauchens. Den Kritikern fehle aber jeglicher Sachverstand, über Giftigkeit der in den Betrieben verwendeten Stoffe zu urteilen.<sup>25</sup>

Zudem stellte Duisberg eine vielfach fehlende Achtung vor der Industrie und ihrem volkswirtschaftlichen Wert fest. Von Seiten der Farbenfabriken ging man davon aus, dass hinter den Einsprüchen und Protesten politische Motive stünden, obwohl solche nicht nachzuweisen sind. Doch kam die Kritik von den „Hauptgegnern“ der chemischen Industrie, nämlich den traditionellen Eliten und der Sozialdemokratie. Dazu gehörten einerseits die Einsprüche des Freiherrn von Diergardt und andererseits die Berichte in der Arbeiterpresse, die das Werk Leverkusen immer wieder als „Gifthütte“ diffamierten, auch wenn es bei der Berichterstattung nicht um Umwelt- oder Gesundheitsschädigungen ging. Das Argument der Giftgefahr sei das „beste Mittel zur Schürung des Klassenkampfes“.<sup>26</sup>

\* Leicht geänderte und an die neuen Rechtschreibregeln angepasste Fassung der Seiten 36 bis 43 aus: Stefan Blaschke, Unternehmen und Gemeinde. Das Bayerwerk im Raum Leverkusen 1891-1914; SH-Verlag Köln, 1999.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Henneking, 1994, 284
  - <sup>2</sup> Spelsberg, 1990, 46-55. Henneking kennt diese Fälle nicht.
  - <sup>3</sup> Henneking, 1994, 284-301; Verg, 1988, 30
  - <sup>4</sup> Zur zeitlichen, aber auch fachlichen Überforderung der Behörden siehe auch: Ohmer, 1998, 515
  - <sup>5</sup> Henneking, 1994, 301f.
  - <sup>6</sup> Henneking, 1994, 302f.
  - <sup>7</sup> Henneking, 1994, 302-304
  - <sup>8</sup> STAL 20.2226: Diergardt an Bürgermeister Keunen vom 11.11.1895, Niederschrift der Verhandlungen auf dem Bürgermeisteramt vom 19.11.1895 (Auch: STAL 20.1667)
  - <sup>9</sup> STAL 20.1806: Oberbürgermeister von Köln an Bürgermeisteramt vom 8.4.1899; Henneking, 1994, 304f.
  - <sup>10</sup> Paul, 1992, 121-127
  - <sup>11</sup> Andersen, 1996, 249 und 253
  - <sup>12</sup> Z. B. Pollay, 1952, 166.
  - <sup>13</sup> Paul, 1991, 386f.
  - <sup>14</sup> Andersen, 1996, 262f; Simson, 1978, 373-376, 381f und 387f.
  - <sup>15</sup> Paul, 1991, 387f.
  - <sup>16</sup> Henneking, 1994, 305. Zur Abwasser-Kommission: Verg, 1988, 146-149
  - <sup>17</sup> Zu Weigelt: Büschenfeld, 1998, 94 (Anm. 51)
  - <sup>18</sup> Andersen, 1996, 268-276 und 282-286; Büschenfeld, 1997, 67 und 148f; Büschenfeld, 1998, 102-104; Gilhaus, 1995, 438-442. Zu Grenzwerten allgemein: Büschenfeld, 1998, 83-105
  - <sup>19</sup> BAL 58/9.4; Paul, 1991, 388-390
  - <sup>20</sup> Büschenfeld, 1998, 124
  - <sup>21</sup> BAL 58/9.4.1; Paul, 1991, 389f.
  - <sup>22</sup> Paul, 1991, 386 und 389f.
  - <sup>23</sup> Andersen, 1996, 286; Büschenfeld, 1997, 411f.
  - <sup>24</sup> BAL 58/9.4: Vorläufiger Bericht über die Abwässer in Leverkusen vom 18.5.1902 (Weigelt), siehe Randbemerkungen. Allgemein: Henneking, 1994, 413; Ohmer, 1998, 179. Siehe auch Argumentation Krupps in einem Umweltkonflikt: Ohmer, 1998, 171f.
  - <sup>25</sup> BAL: Geschichte und Entwicklung, 1918, 564 und 643; Duisberg, 1923, 326 (Die Belehrung der Arbeiter über die Giftgefahren in gewerblichen Betrieben [1905]); Andersen, 1996, 377f.
  - <sup>26</sup> Duisberg, 1923, 215 (Der chemische Unterricht an der Schule und der Hochschulunterricht für die Lehrer der Chemie [1906]); Duisberg, 1923, 330 (Die Belehrung der Arbeiter über die Giftgefahren in gewerblichen Betrieben [1905]); Henneking, 1994, 413.
- Henneking kennt keine politische Motivierung der Proteste, Gilhaus, 1995, 456-468, zählt zu der Grup-

pe der „politischen Motivierten“ die adligen Großgrundbesitzer, deren bürgerlichen Rechtsnachfolger und auch den Landadel.

Beispiele für Berichte in der Arbeiterpresse: Bergische Arbeiterstimme vom 10.6. 1903, 19.8.1908, 24.7.1909, 14.3.1911 und 30.8.1913 (STAL). Zu den Kontroversen zwischen der chemischen Industrie und der Arbeiterbewegung um den Grad der Gefährdung zu Beginn des 20. Jahrhunderts siehe auch: Andersen, 1996, 369-381.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Unveröffentlichte Quellen

BAYER-Archiv, Leverkusen (BAL) 58/9.4, 58/9.4.1  
Geschichte und Entwicklung der Farbenfabriken vorm. Friedr. BAYER & Co. Elberfeld in den ersten 50 Jahren, München 1918  
Stadtarchiv Leverkusen (STAL)  
20.1667, 20.1806, 20.2226

Bergische Arbeiterstimme

2. Veröffentlichte Quellen

Duisberg, Carl, 1923: Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1892-1921, Berlin/Leipzig: Verlag Chemie

3. Literatur

Andersen, Arne, 1993: Umweltgeschichte. Forschungsstand und Perspektiven, in: Archiv für Sozialgeschichte 33: 672-701

Andersen, Arne, 1996: Historische Technikfolgenab-

schätzung am Beispiel des Metallhüttenwesens und der Chemieindustrie 1850-1933, Stuttgart: Steiner  
Blum, Eva M., 1991: Kultur, Konzern, Konsens. Die Hoechst AG und der Frankfurter Stadtteil Höchst, Frankfurt a.M.: Brandes und Apsel

Büschendorf, Jürgen, 1997: Flüsse und Kloaken. Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung (1870-1918), Stuttgart: Klett-Cotta

Büschendorf, Jürgen, 1998: Visionen des Fortschritts: Grenzwerte in der Gewässerschutzdebatte um 1900, in: Hans-Liudger Dienel (Hg.): Der Optimismus der Ingenieure. Triumph der Technik in der Krise der Moderne um 1900, Stuttgart: Steiner, 77-128

Gilhaus, Ulrike, 1995: „Schmerzenskinder der Industrie“. Umweltverschmutzung, Umweltpolitik und sozialer Protest im Industriezeitalter in Westfalen 1845-1914, Paderborn: Schöningh

Hahn, Hans-Werner, 1998: Die Industrielle Revolution in Deutschland, München: Oldenbourg

Henneking, Ralf, 1994: Chemische Industrie und Umwelt. Konflikte um Umweltbelastungen durch die chemische Industrie am Beispiel der schwerchemischen, Farben- und Düngemittelindustrie der Rheinprovinz (ca. 1800-1914), Stuttgart: Steiner

Ohmer, Beate, 1998: Wasser. Historisch. Zu Bedeutung und Belastung des Umweltmediums im Ruhrgebiet 1870-1930, Frankfurt a.M. u.a.: Lang

Paul, Johann, 1991: Die Rheinverschmutzung in Köln und Leverkusen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Die

alte Stadt 18: 385-402

Paul, Johann, 1992: Umweltbelastungen in der Bürgermeisterei Merheim vor dem Ersten Weltkrieg, in: Rechtsrheinisches Köln 18: 111-128

Pollay, Kurt, 1952: Die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung der Stadt Leverkusen, Köln Univ. Diss.

Radkau, Joachim, 1994: Was ist Umweltgeschichte?, in: Werner Abelshäuser (Hg.): Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 11-28

Radkau, Joachim, 1996: Technik und Umwelt, in: Gerold Ambrosius u.a. (Hg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München: Oldenbourg, 119-136

Simson, John von, 1978: Die Flussverunreinigungsfrage im 19. Jahrhundert, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 65: 370-390

Spelsberg, Gerd, 1990: „Im Fieber des Farbenrausches“. Eine Siegesgeschichte, in: Arne Andersen/Gerd Spelsberg (Hg.): Das blaue Wunder. Zur Geschichte der synthetischen Farben, Köln: Volksblatt-Verlag, 9-56

Verg, Erik u. a., 1988: Meilensteine. 125 Jahre BAYER 1863-1988, hg. von BAYER AG, Leverkusen: BAYER

Wengenroth, Ulrich, 1993: Das Verhältnis von Industrie und Umwelt seit der Industrialisierung, in: Hans Pohl (Hg.): Industrie und Umwelt, Stuttgart: Steiner, 25-44



ProSolidar

Leben statt Profit

Bewährt seit 1994

www.prosolidar.net

# Geld & Konzerne

Herkömmliche Finanzrücklagen sind inakzeptabel, weil sie die Umwelt ruinieren und den Menschen ausbeuten. Einlagen bei ProSolidar fördern direkt ökologie- und sozialpolitische Projekte. Und werden pünktlich zurückgezahlt. Ohne jeden Abzug. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite.

Ja, ich zeichne eine Einlage bei ProSolidar  
(Agio je nach Höhe maximal 6%)

Festeinlage (mind. 500 Euro) ..... Euro

Spareinlage (mind. 20 Euro mtl) ..... Euro

Schickt bitte kostenfrei das Anlage-Prospekt.

Vorname .....

Name ..... Alter .....

PLZ/Ort .....

Straße/Haus-Nr. ....

Fon ..... Fax .....

Email .....

Lastschrift .....

Bank .....

Konto ..... BLZ .....

Datum/Unterschrift .....

ProSolidar info@prosolidar.net  
Leben statt Profit Fon 0211 - 26 11 210  
Fax 0211 - 26 11 220

Bitte zurücksenden an: ProSolidar  
Schweidter Str. 41 - 40281 Düsseldorf

Auch noch, wenn Weihnachten schon vorbei ist:

# Wir brauchen Geschenke!

Damit wir endlich wieder Land unter die Füße bekommen.

Um das existenzbedrohende Defizit zu besiegen, brauchen wir 400 neue Mitglieder.

321 haben wir bereits.

Jedes Mitglied und jede Spende zählt.



Das einzige Netzwerk weltweit, das einen der großen Konzerne rund um den Globus unter Kontrolle stellt und ihm die Stirn bietet, ist in Gefahr. Die Existenz der „legendären Coordination gegen BAYER-Gefahren“ (taz), steht auf dem Spiel. Wirtschaftskrise und Sozialabbau haben die Förderbeiträge zum Absturz gebracht. Zugleich erhalten wir keinerlei Förderung aus staatlichen oder kirchlichen Quellen – der Preis konsequent konzernkritischer Ausrichtung. Doch ohne Geld geht es nicht. Auch nicht bei weitgehend ehrenamtlicher Arbeit. Bitte helfen Sie. Werden Sie Fördermitglied. Beteiligen Sie sich an den Aktionen. Spenden Sie einen einmaligen Betrag. Damit wir die Schattenseiten der BAYER-Profite weiter aufdecken können.

 zurücksenden an Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 0211 - 33 39 40, e-Mail: info2@CBGnetwork.org

- Ja, ich werde Fördermitglied mit ..... Euro monatlich /  Ja, ich spende einmalig ..... Euro (**bitte Lastschrift ausfüllen**)  
durchschnittlich 5 bis 10 Euro) Der Betrag soll  monatl.  vierteljährl.  halbjährl.  jährlich abgebucht werden.
- Ich möchte mehr wissen. Bitte schickt mir kostenlose Infos.

**Lastschrift**

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse, Hausnr.: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_ Alter: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_ Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

**Gratis:** Wenn Sie Fördermitglied werden, dann erhalten Sie das Magazin **Stichwort BAYER** und den Info-Dienst **TICKER** kostenlos viermal jährlich.

**Spendenkonto GLS 8016 533 000 BLZ 430 609 67**  
**www.CBGnetwork.org**



Nr. 1/2013 31 Jahrgang

Foto: BAYER